



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

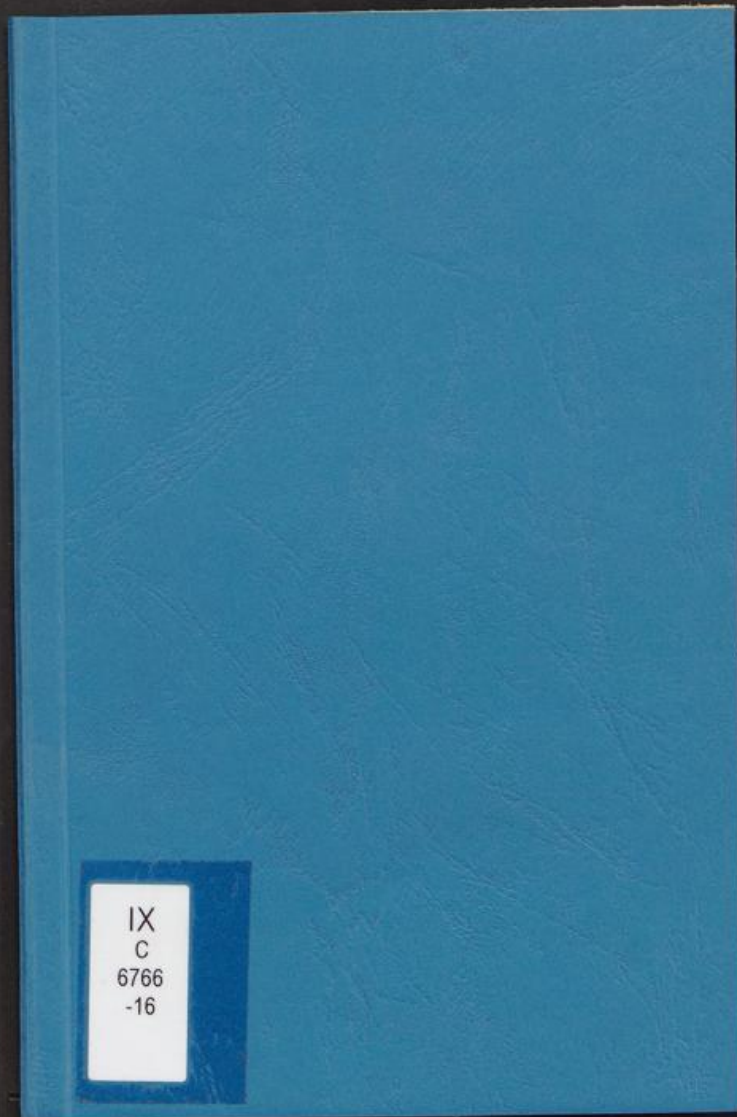
DFG-Projekt "Digitale Sammlung Deutscher Kolonialismus"

Falsche Propheten

Wagner, Hans

Charlottenburg, 1900

urn:nbn:de:gbv:46:1-13695



IX
C
6766
-16



LX. c. 6766 2.



Falsche Propheten

Gouverneur v. Liebert
und seine Presse.

Eine Culturbetrachtung
aus Deutschlands erster
kolonialer Epoche. * *

Von

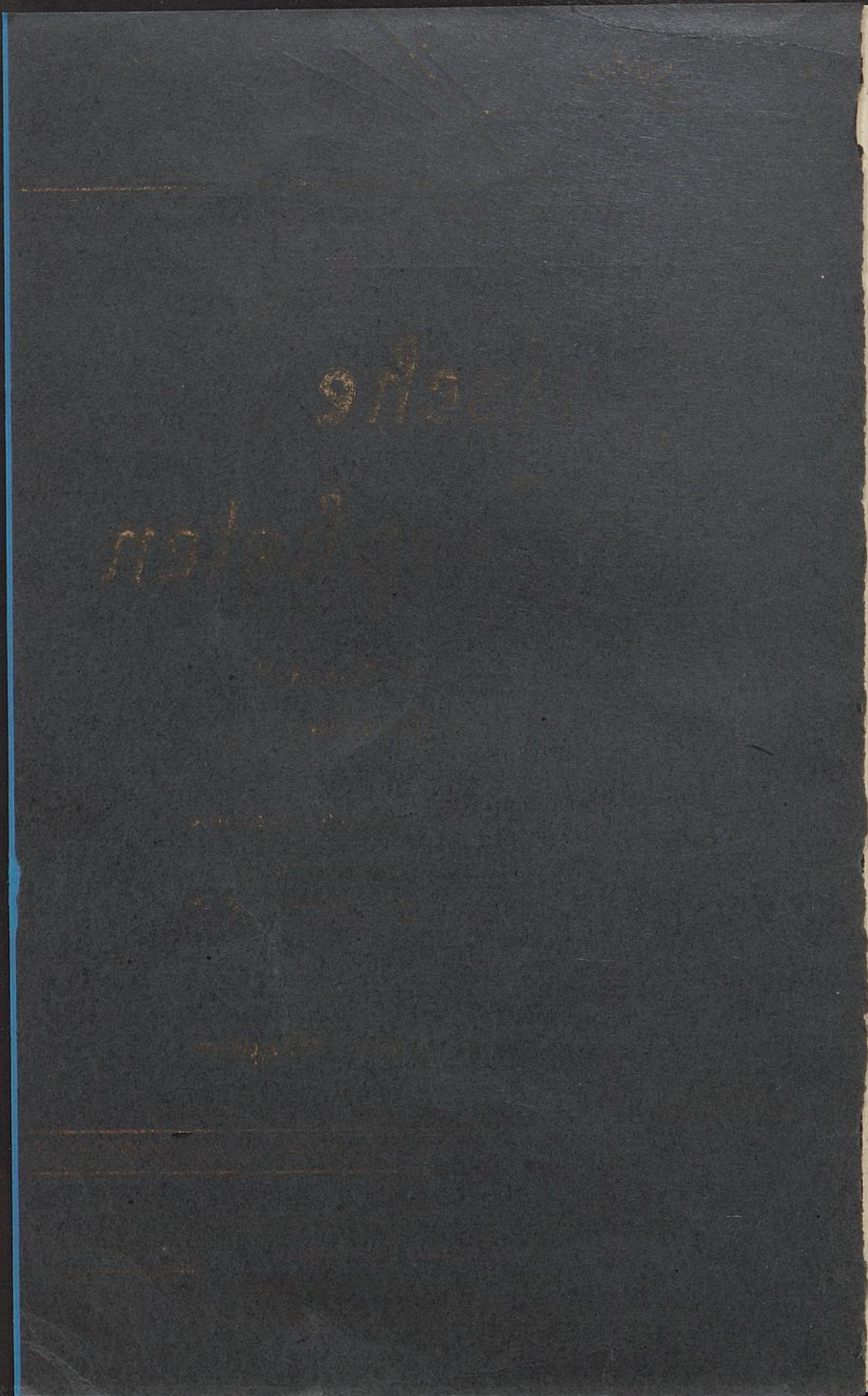
Dr. Hans Wagner.



Im Selbstverlage des Verfassers.

Charlottenburg 1900. * * * Abland-Str. 181.





Helmolt 1739.

Falsche Propheten.

Gouverneur v. Liebert
• und seine Presse. •

Eine Kulturbetrachtung
aus Deutschlands erster kolonialer Epoche.

Von

Dr. Hans Wagner.



Im Selbstverlag des Verfassers.
Charlottenburg, Uhlandstr. 181.
1900.

1800 (1799)

Falsche Prophezeien

Verzeichnis d. Prophezeien
aus dem 17. u. 18. Jahrh.



IX.c. 6766-16

Einleitung.

aß die besten Theoretiker in der Praxis oft gar nichts zu leisten vermögen, ist eine alte menschliche Erfahrung. Das hic Rhodus, hic salta hat schon manchen Phrasen-erbleichen lassen. In der deutschen Kolonialpolitik ist es nicht anders, nur daß hier die meisten ungestraft im stolzen Phrasenschwall sich blähen dürfen, da doch nicht jeder zu dem Zweck, sich in der Praxis zu blamieren, in die Kolonien geschickt werden kann. Zuweilen aber gelingt es, diesem oder jenem die Pfauenfedern zu entreißen. Mit vollen Segeln gehts in die Kolonien, den Kahn mit phantastischen Plänen schwer beladen, aber still auf leckem Boot kehrt der Gewogene und zu leicht Befundene in die Heimat zurück.

Wenn Generalmajor v. Liebert in einer Stunde der Einklehr vor sich selbst das Fazit zieht, was er geleistet, dann dürfte ihn ein kagenjämmerliches Gefühl beschleichen, und es hat ihn auch wohl schon beschlichen. Ernste Männer, die den Generalmajor v. Liebert seit langen Jahren kennen, haben von jeher gewarnt, auf ihn große Hoffnungen zu setzen, ihn als etwas anderes zu betrachten, als einen lebenswürdigen Mann mit allerhand gesellschaftlichen Talenten und der Fähigkeit, über irgend ein Thema einige sonore Worte zu sagen. Diese Anschauung hatte z. B. von Herrn Generalmajor v. Liebert auch sein jetziger Hauptgönner in der Presse, Dr. Friedrich Lange, der Herausgeber der „Deutschen Zeitung“. Und Herr v. Liebert hat nichts gethan, um ein günstigeres Urtheil auf Grund von Thaten über sich herbeizuführen. Im Gegentheil, es ist in wahrheitsliebenden Kolonialkreisen schon seit langer Zeit bekannt und bedauert, daß Herr v. Liebert vollkommen Fiasco gemacht hat. Um so seltsamer ist der Gegensatz zwischen dem wirklichen Werte seiner Thätigkeit und dem Ruf, den er genießt. Gerade die Ursache dieses schreienden Widerspruchs zwingt mich, an Herrn v. Liebert eine energische Kritik zu üben. Ich hätte es ihm gern gegönnt, vor sich

und oberflächlichen Kreisen ein großer Mann zu bleiben, unfähige Kolonialbeamte giebt es so manche, ohne daß man sich die Mühe nehmen wird, sie öffentlich als solche zu kennzeichnen. Aber im Fall Liebert liegt ein öffentliches Interesse vor. Denn v. Liebert würde wirklichen Verhältnissen direkt zum Hohn nicht so verhimmelt sein, er würde niemals in den Ruf eines kolonialen non plus ultra gekommen sein, wenn es nicht in Deutschland eine Presse gäbe, die bar jeden Verantwortungsgefühles das Recht für sich in Anspruch nimmt, über Ruf und Ehre jedes Menschen nach Belieben zu verfügen, die unter dem Aushängeschild der „nationalen Gesinnung“ eine Revolverpolitik schlimmster Art treibt. Es ist eine handvoll von „Politikern“, die durch die Gunst der Umstände eine Presse beherrscht, die leider das Vertrauen unserer akademischen und mittleren Kreise genießt. Der „Fall Liebert“ ist für mich der Anlaß, diesen Kreisen die Augen zu öffnen, in welcher Weise ihre ehrliche nationale Gesinnung von einigen ehrgeizigen und weitherzigen „Patrioten“ mißbraucht wird. Es hat darum, dünkt mich, diese Affäre Liebert eine über die kolonialen Kreise hinaus reichende Bedeutung, sie ist von mir nur als Beispiel gewählt, um so an einem konkreten Fall zu zeigen, in welche Irrwege wertvolle deutsche Bevölkerungskreise getrieben sind von Leuten, die keinen Anspruch haben, als nationale Mentoren zu gelten.



Einige Vorerinnerungen.

Man erinnere sich, daß um die Wende dieses Jahres die deutschen kolonialpolitischen Kreise von den sog. Konzessionskandalen erfüllt waren, daß die öffentliche Meinung weithin erregt war durch die s. B. (Juli 1899 in dem „Deutschen Wochenblatt“, der „Täglichen Rundschau“, „Weltmarkt“) von mir selbst angeregte scharfe Kritik des deutschen Konzessionierungssystems. Dieser erste Konzessionssturm war verhältnismäßig gelinde, er ruhte dann sechs Monate lang, um dann plötzlich mit erneuter Wucht einzusetzen. Der zweite Sturm fand ein anderes Feld und ein neues Ziel vor. Er hatte jetzt den Hintergrund des südafrikanischen Krieges, der den Englandhaß auch bei uns die heftigsten Formen annehmen ließ. Man behauptete, daß die Konzessionen lediglich englischen Kapitalisten, insonderheit Cecil Rhodes zu gute kämen. Auf diesem Hintergrund baute sich die Popularität des Dr. Siegfried Passarge auf. Was mich anlangt, so habe ich es damals für meine patriotische Pflicht gehalten, Wasser in den Kapwein zu gießen, weil die englandfeindliche Erregung die Politik des Reiches in Gefahren zu stürzen drohte. Das wurde mir natürlich als Verrat ausgelegt. Andererseits erkannte ich sehr bald, daß jenes „Scharlachfieber“ ganz unerfreuliche Begleiterscheinungen hatte und auf unlautere Elemente hindeutete, die im Trüben zu fischen meinten. Das war einerseits das Eingreifen des Hauptmachers der deutschen Kolonialgesellschaft für Deutsch-Südwestafrika, Staatsministers a. D. Excellenz v. Hofmann, dessen „patriotische“ Gesinnung im Fall Scharlach ich als Geschäftskniff ja auch nachgewiesen habe. Zweitens mischten sich in die Stimmen, die das „Fort mit Buchka“ riefen, solche, die das „Hurra, Liebert“ ertönen ließen. Es war dieselbe Presse, die nachweisbar von Generalmajor v. Liebert inspiriert wird. Gleichzeitig prangte damals in dem Schaufenster eines bekannten Photographen in der Leipziger Straße, der die populär werden wollenden Männlein auszustellen pflegt, ein großes farbiges Porträt

des Gouverneurs v. Liebert, in jener Pose, die alte Bilder dem Wallensteiner zuschrieben, nur daß dieser moderne General das Hauptgewicht in seiner Ausstaffierung auf das breite Band des Sansibar-Ordens legt, das mit seiner leuchtenden Farbe die Aufmerksamkeit auf sich ziehen muß. Das Bild entschwand aus dem Fenster erst nach mehreren Wochen, und zwar zu der Zeit, da mein Angriff auf den Gouverneur erschien.

Es war eine hurrafreudige Stimmung für Gouverneur Liebert da, die noch vermehrt wurde, als dieser durch seine Presse verkünden ließ, er werde nach Deutschland kommen und die Zentralbahnfrage in die Hand nehmen. Generalmajor v. Liebert war natürlich auch für die Zentralbahn, ein Projekt, das ich, wie viele andere, nebenbei gesagt für ein Gemisch von Thorheit auf der einen Seite und Schwindel und Interessenspekulation auf der anderen Seite halte. Generalmajor v. Liebert ließ in der ihm ergebenen Presse erklären, er sei tief betrübt über die Ablehnung der Zentralbahn und werde selbst herkommen, um die Sache zu deichseln. Und alles war entzückt über diesen „verdienstvollen“ Gouverneur, der die Mühe der Heimreise nicht scheute — natürlich um der Wohlfahrt seiner Kolonie willen. Daß Herrn v. Buchfas Thron damals gerade zu wanken schien, war natürlich Zufall.

Alle diese und noch einige andere Dinge gaben mir die Gewißheit, daß hier ein großer Rummel in Szene gesetzt werde, und zwar von einer ganz bestimmten Presse und ganz bestimmten Leuten, die eine erneute Kraftprobe ihrer Macht versuchen wollten. Da ich etwas hinter die Kulissen gesehen hatte und zudem Anlaß hatte, mich mit eben jenen Leuten auseinanderzusetzen, so beschloß ich, die Sache Liebert als den Ausgangspunkt einer Preßfehde zu machen, die dann von meinen Gegnern Scharlachpresse kontra Liebertpresse betitelt ist, die ich mir aber die Freiheit nehme „Wahrheit kontra Revolverpresse“ zu benamen. Im allgemeinen pflege ich nicht so kindlich zu sein, mich der Verfolgung wegen Verleumdungen aussetzen, und unternehme daher nur etwas, was ich hoffen kann mit Erfolg durchzuführen. Ich halte das für einen auch vom Standpunkt des Staatsanwalts praktischen Standpunkt, wenn mich nicht schon die heute bei einem Teil der Presse ganz veraltete Anschauung noch beherrschte, daß der Mißbrauch der Macht, die die Zugehörigkeit zur Presse bietet, Ehrlosigkeit und die grundlose Verleumdung eine schandbare Gesinnung verrate. Ich bitte diese Bemerkung nicht auf gewisse Persönlichkeiten zu beziehen, sondern daraus mein grenzenloses Erstaunen zu entnehmen, daß ein Teil der Presse glaubte, ich würde meine Mitteilungen, die ich über Herrn v. Liebert machte,

nicht belegen können. Nur eine ganz naive Anschauung konnte einige meiner Gegner veranlassen, zu glauben, daß sie meine Behauptungen durch Beschimpfungen widerlegen könnten, indem sie mich als einen Preßagenten des Herrn Dr. Scharlach bezeichnete oder dadurch, daß sie versuchte, mich um mein Brot zu bringen, indem sie meinen Verleger gegen mich ausspielte. Dieser letztere Versuch, den die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zu machen sich die Ehre gaben, war übrigens nicht mehr neu. Schon einmal hatte eine hochansehnliche Exzellenz sich dieselbe ehrenwerte Mühe genommen. Es hat auch seine Schattenseiten, sich mit einem Menschen zu liieren, der, wie ich, vor der Würde von Geheimräten und Exzellenzen so wenig den schuldigen Respekt hätte, daß er sie „bestaubte Exzellenzen“ und in anderer schandbarer Weise titulierte, und über den Herzog von Mecklenburg die freche Bemerkung sich gestattete, es sei möglich, daß er ebensoviel Verdienste um die koloniale Sache habe, wie mancher andere Sterbliche auch. Ich habe mich noch nie so sehr als enfant terrible, um nicht zu sagen Thersites der Kolonialpolitik gefühlt in meinem reueknirschenden Herzen und Gemüte, als damals, als es mir verboten werden sollte, die Wahrheit zu sagen. Aber es kam damals nicht so schlimm und auch jetzt wird es mir hoffentlich trotz der Denunziation der achtbaren „Leipziger Neuesten Nachrichten“ und gesinnungsverwandter Blätter vergönnt sein, mein Leben zu fristen.

Wie von jenem Felsen, wo sich ungezählte Scharen von Vögeln der nützlichen Beschäftigung der Guano-fabrikation hingeben, vor einem Halloh das Federvieh mit wildem Geschrei aufsteht, ein gewaltiger Sturm erhebt sich und es ist so, als wenn die ganze schwarze Vogelwolke sich anschiekte, den Störer niederzufrähen, also tobte thatenleidend Lieberts teutscher Troß, als ich in Nr. 14 der „Kolonialen Zeitschrift“ folgende Zeilen veröffentlichte:

„Generalmajor v. Liebert ist, wie wir erfahren, am 23. Juni vom Kaiser seines Amtes als Gouverneur von Deutsch-Ostafrika enthoben worden und wird eine Brigade erhalten. Veranlassung zu dieser Verabschiedung war wohl in letzter Linie die Insubordination des Gouverneurs v. Liebert gegenüber seinem Chef, dem Kolonialdirektor v. Buchta. Es ist bekannt, daß Herr v. Liebert nach zahlreichen Privatbriefen und Mitteilungen an die Presse, zu der er seit den Zeiten, da er für den als Reichskanzler designierten Grafen Waldersee die Preßsachen bearbeitete, Beziehungen unterhielt, die Ablehnung der Zentralbahn zum Anlaß nehmen wollte, um eigenmächtig nach Deutschland zurückzukehren und über den Kopf des Kolonialdirektors hinweg die Agitation für die Zentralbahn auf-

zunehmen. Gleichzeitig stellte die den Generalmajor v. Liebert hochschätzende Presse diesen als Kandidaten für den noch gar nicht erledigten Posten des Kolonialdirektors auf. Auf die Nachricht des Gouverneurs, daß er nach Deutschland komme, erhielt er den telegraphischen Bescheid vom Kolonialamt, daß man diese Abreise als Abschiedsgesuch betrachten würde. Infolgedessen verschob Herr v. Liebert seine Abreise.

„Diese Dinge haben wohl dem Faß den Boden ausgeschlagen. Denn es ist in kolonialpolitischen Kreisen schon lange bekannt, daß die Stellung des Herrn v. Liebert unhaltbar war, und daß der Kaiser seiner Unzufriedenheit mit den jetzigen Zuständen in Deutsch-Ostafrika mehrfach in scharfer Weise Ausdruck gegeben hat, indem er mit Recht für den rapiden Niedergang des Karawanenhandels einerseits den ans Phantastische grenzenden Optimismus des Herrn v. Liebert, dann aber seine bürokratische Methode, die sich namentlich in der Ummenge seiner Erlasse äußert, wie sie in solcher Ausdehnung bisher in unseren Kolonien noch nicht erlebt ist, verantwortlich machte.

„In praktischen Kolonialkreisen und in denen der Kolonialgesellschaft macht man Herrn v. Liebert sein Verhalten gegenüber der Nyassagesellschaft des Herrn Deuß zum Vorwurf, da der Gouverneur gleichzeitig an Herrn Deuß schrieb, er würde das Unternehmen aufs kräftigste unterstützen, während er dem Kolonialamt erklärte, er lasse die Konzession der Nyassagesellschaft nicht zu. Abgesehen von dem Handelsniedergang Deutsch-Ostafrikas sind auch die politischen Zustände der Kolonie wenig erfreulich, da unter den Eingeborenen wegen der gewalthätigen Art, in der die von Liebert eingeführte Hüttensteuer zu hohen Ziffern getrieben wird, starke Erbitterung herrscht. Wir werden auf die Lage in Deutsch-Ostafrika noch zurückkommen.“

Diese Zeilen erregten einen Sturm von unbeschreiblicher Schönheit in einem gewissen Blätterwalde, und Gift und Galle träufelte in einer Quantität auf mich hernieder, die mich entzückte. Denn es bewies doch erstens, daß ich in ein Wespennest gegriffen hatte, und zweitens, daß man mich für wert hielt, „vernichtet“ zu werden, eine Anerkennung, die nur der verstehen kann, der weiß, daß unter Pressekollegen das Totschlagen und Totlügen schon der hoffnungslosere Ausfluß des Neides und der Feindschaft ist, als der erste übliche Versuch des Totschweigens. Ich hatte also Fehde auf dem Halbe: erstens mit allen Harmlosen, die den Generalmajor v. Liebert ehrlich für ein Talent gehalten hatten und sich ärgerten, nun aus ihren Träumen gestört zu sein; zweitens

mit den Alldeutschen und Antisemiten, die an sich schon auf mich empört waren, daß ich nicht auf jeder Seite der „Kolonialen Zeitschrift“ jeden Engländer für einen geborenen Zuchthäusler und jeden Alldeutschen für einen Bismarck erkläre. Für diese Kreise bin ich ein Verräter, weil ich mich weigere, mich wie verrückt zu geberden, wenn England oder die Kapitalistenfrage zur Sprache kommt, und jetzt wollte man mich gründlich stecken; drittens mit denen um v. Hofmann, der seine von mir versengten Engelsflügel mit einer Flut von leichtfertigen Verleumdungen in der National-liberalen Korrespondenz „auf neu“ zu reparieren oder sich doch wenigstens so hinten herum zu rächen trachtete, der biedere „Verächter“ englischen Geldes. Viertens mit meinen Kollegen von der nationalen Presse — die der jüdischen lieben mich noch von der Efferfache her —, die sich ärgern, daß ich ihnen einen schönen Skandal weggeschnappt habe, und fünftens leistete sich in aller Eile auch Dr. Scharlach, mein angeblicher Gebieter, noch einige Beleidigungen gegen mich.

Man sieht, wenn es christlich ist, seine Feinde zu lieben, so ist hier für das liebebedürftigste Herz gesorgt. Einige wollten mich gleich erschießen — weil sie mich verleumdet hatten, erhielten aber von mir Feigling die Mitteilung, daß ich zur Zeit nicht in der Lage sei, einen Schritt zu unternehmen, der die Klarstellung der Sache vor Gericht zu verhindern oder bei Seite zu schieben geeignet sei. Da auf meine Erklärung, daß die Behauptung, ich sei ein gefügiges Werkzeug des Dr. Scharlach, eine gewissenlose Verleumdung sei, niemand sich bequeme, den Wahrheitsbeweis anzutreten, so habe ich selbst der „Deutschen Zeitung“ ein Rendezvous mit mir und Dr. Scharlach in Moabit verschafft.

Ich kann mir nicht versagen, hier „eine empfindliche, aber wohlverdiente Abfertigung“ als Beleg für die gegen mich beliebte Kampfesweise wiederzugeben, die mir Professor Samassa in den „Alldeutschen Bl.“ zu teil werden läßt; er schreibt:

„Herr Hans Wagner hat wieder in der letzten Nummer der „Kolonial-Zeitschrift“ das Bedürfnis gehabt, sich an uns zu reiben, und da er uns „persönliche Eitelkeit“ vorwirft, so können wir nicht umhin, uns auch mit seiner Person etwas näher zu beschäftigen; es ist dies zwar eine recht unerquickliche Beschäftigung, die sich jedoch in Zukunft glücklicherweise nicht zu wiederholen braucht, da sie nur dem Zwecke dienen soll, die Gründe zu erläutern, warum wir uns jetzt und in Zukunft in eine Polemik mit diesem Herrn nicht einlassen werden. Von seiner politischen Urteilsfähigkeit und seinen historischen Kenntnissen hat uns Herr Wagner eine Probe abgelegt, als er vor ein paar Monaten die Behauptung aufstellte, Graf Bülow befinde sich in der gleichen Lage wie Bismarck während der Konfliktzeit; über seinen guten Geschmack hat er uns belehrt, als er auf die Zurechtweisung der „Köln. Ztg.“, daß junge Leute,

die noch nichts geleistet hätten, nicht verdienstvolle, in Ehren ergrante Männer frivol angreifen sollten, erwiderte, dieser Vorwurf träfe nur seine Eltern, die erst zur Zeit des großen Krieges Gelegenheit gefunden hätten, ihn in die Welt zu setzen (sic!); seine Wahrheitsliebe hat Herr Wagner in das richtige Licht gesetzt, als er die überwiegende Mehrheit der anständigen deutschen Presse, die ihn wegen seiner Herrn Scharlach förderlichen Quertreibereien scharf angriff, als Blätter „alldeutscher Tendenz“ bezeichnete, vermutlich in der Meinung, seine Angreifer dadurch zu diskreditieren; und wie es um seinen persönlichen Mut bestellt ist, hat er uns gezeigt, indem er sich zwei seiner Gegner aus der großen Zahl derselben herausuchte, dieselben gröblichst beleidigte, sich aber, als er aufgefordert wurde, seine Beleidigungen Mann gegen Mann zu vertreten, wie dies in den Kreisen üblich ist, zu denen Herr Wagner zu gehören wahrscheinlich Anspruch machen dürfte, hinter „die Geflogenheiten der deutschen Presse“ verkroch. Da wir nun der Ansicht sind, daß sich eine sachliche Polemik doch nur mit Leuten führen läßt, denen man die persönliche Achtung nicht versagt und die man wenigstens halbwegs ernst nimmt, so dürfte hinlänglich erklärt sein, warum wir keine Lust haben, uns mit der Person des Herrn Wagner oder den von ihm ausgehenden Angriffen fernerhin zu beschäftigen.“

Was den Vorwurf, ich sei nicht ernst zu nehmen, anbetrifft, so nehme ich ihn von alldeutscher Seite sehr gern an. Mit der Anschuldigung der Feigheit aber hat sich Herr Prof. Samassa leider auf einen Weg begeben, der die weiteren persönlichen Verhandlungen mit ihm schwierig gestalten wird. Herr Prof. Samassa hat seinen, ihn nun wohl seines Mutes wegen noch mehr bewundernden Verehrern leider eine irrige Vorstellung von der Sachlage gegeben, denn in der Mitteilung, die er durch meinen Bevollmächtigten erhalten hat, ist ausdrücklich gesagt: Herr Dr. W. bittet mich Ihnen mitzuteilen, daß er zur Zeit nicht in der Lage ist, irgend einen Schritt zu unternehmen, der die Klarstellung der Sache vor Gericht zu verhindern oder bei Seite zu schieben geeignet ist. Es geht aus diesem Passus hervor, daß ich mir die persönliche Austragung der Sache, nachdem sie sachlich vor Gericht erledigt ist, nicht nehmen lassen werde. Und zwar gebührt die Initiative mir und nicht den alldeutschen Blättern. — Ich bin von meinen Gegnern in ehrenrühriger Weise öffentlich beschuldigt worden, ein gefügiges Werkzeug des Dr. Scharlach zu sein. Ich verlange darum die gerichtsnotorische Klarlegung der Sache. Die aber haben meine Gegner mir versagt, um jenen häßlichen Verdacht nicht von mir zu nehmen. Ich versage ihnen darum meinerseits die gesellschaftliche Genugthung so lange, bis sie mir die gerichtliche oder öffentliche gewährt haben, und ich werde den Vorwurf der Feigheit zu ertragen den Mut haben, bis meine Gegner den Mut gehabt haben werden, sich selbst vor Gericht als Verleumder bloßzustellen. Dann kommt der zweite Akt. —

Damals aber wurde ich krank, nicht aus Aerger oder Angst,

sondern wegen zu guten Appetits, und konnte einstweilen meine Fehde nicht fortsetzen. Dafür hatte ich das Vergnügen, zu sehen, wie die mir feindliche Presse sich immer tiefer verstrickte und in dem Wunsche, dem General v. Liebert zu dienen, ihn kompromittierte. Seinen ungeschickten Freunden von der Presse hat der Herr Gouverneur Ursache, gram zu sein. Nicht an mir, wie seine Freunde hoffen, sondern an ihm dürfte sich jener Spruch erfüllen: „Wer die Feder ergreift, wird in die Tinte geraten“.



Gouverneur von Liebert.

Bevor ich nun Generalmajor v. Liebert in die Gallerie meiner kolonialpolitischen Charakterköpfe einreihe, möchte ich die in jenem ersten Artikel enthaltenen drei Hauptpunkte, die ich gegen Herrn v. Liebert vorgebracht habe, hier näher begründen.

I. Herr v. Liebert hat sich der Insubordination gegen seinen Vorgesetzten, den Kolonialdirektor v. Buchta, schuldig gemacht und das Kolonialamt kompromittiert und verächtlich gemacht.

Ich beweise diese Insubordination durch folgendes:

Generalmajor v. Liebert hat in dem amtlichen Teil der „Ostafrikanischen Zeitung“ (Nr. 12) einen Erlaß mit den Worten zurückgenommen: infolge Verfügung des Kolonialamts müsse er seinen Erlaß zurücknehmen.

Der betr. Runderlaß lautet wörtlich:

J.-No. 963. II.

Daresßalam, den 2. Juni 1900.

Runderlaß
an sämtliche Dienststellen.

Zufolge Verfügung der Kolonial-Abtheilung vom 24. Februar ds. Js. bin ich genöthigt, den Runderlaß vom 14. December 1899 J.-No. 9805. I. aufzuheben. Jene Verfügung ist trotz meines Einspruchs und trotz eines ausführlichen Gutachtens des Finanz-Referenten durch Telegramm vom 31. Mai aufrecht erhalten worden.

Die Innenstationen haben daher auch für das Etatsjahr 1900 alle Erträge der Hüttensteuer nach Maßgabe des Runderlasses vom 28. Januar 1898 J.-No. 681. der Stationskasse zuzuführen; dafür wird das Einkommen der Steuererheber vom Gouvernement bestritten.

Nur bei den Bezirks-Ämtern Wilhelmsthal und Langenburg, wo die Civilverwaltung vollständig durchgeführt ist, bleibt es bei dem bisherigen Verfahren.

Der kaiserliche Gouverneur
von Liebert.

Die Presse, die Liebert ergeben ist, hat den Mut, diese Handlungsweise zu verteidigen, sie sieht darin nur einen forschenden, fröhlichen Soldatengeist, der sich gegen die Bürokratie auflehnt, „die Schwäche manches ehrlichen, sachlichen, tapferen und eigenstolzen

preußischen Generals“, wie sich die „Deutsche Zeitung“ so angenehm orientalistisch ausdrückt. Da die Presse, die jetzt Herrn v. Liebert unter ihre Fittiche genommen hat, ja allein ein Urteil darüber hat, was anständig und national ist, so schlage ich vor, daß die Redakteure der betr. Blätter, wenn ihr Verleger sie ersucht, irgend etwas zu berichtigen, das möglichst forsch, etwa in folgender Form thun: „Der dumme Kerl, mein Verleger, meint, ich hätte das und das falsch gemacht u. s. w.“. Möglichst viel Ausrufungszeichen und Gedankenstriche! Es entspräche das mutatis mutandis etwa dem, was v. Liebert über seinen Vorgesetzten durchblicken lassen wollte. General v. Liebert wird ja wohl wieder ein Kommando übernehmen. Seine Untergebenen werden unzweifelhaft die freiesten Menschen von der Welt sein. Da wird z. B. der Oberst K vor der Front mit rollenden Augen erklären: „Der Brigadegeneral Liebert nötigt mich u. s. w.“. General v. Liebert wird wahrscheinlich diesem Oberst sofort seinen Brigadiersposten abtreten und womöglich noch seinen schönen Sanibar-Orden dazu, schon wegen des guten Eindruckes, den dieser „forsche Soldatengeist“ des Obersten auf die Disziplin der Truppen sicher ausüben dürfte.

In Preußen war es bisher üblich, daß Insubordination als schwerstes Verbrechen galt, aber wenn die tonangebenden Blätter, wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, die „Deutsche Zeitung“ u. s. w. meinen, die Insubordination wäre 'was Forisches, dann werden wir sie wohl doch einführen müssen, schon, um nicht als „antinationale“ gebrandmarkt zu werden.

Uebrigens hätte die Angelegenheit zwanglos eine intime zwischen dem Amt und dem Gouvernement bleiben können. Niemand hätte etwas darüber zu erfahren brauchen, wenn nicht der Gouverneur das Bedürfnis empfunden hätte, eine Gelegenheit vom Zaune zu brechen, um dem Kolonialamt eins öffentlich auszuwischen. Nicht der Kolonialdirektor hat also den Gouverneur, sondern dieser sich selbst kompromittiert.

Als weitere Insubordination halte ich die Ankündigung des Generals v. Liebert in Berliner Blättern, er werde am 19. Mai von Dar-es-Salaam abreisen, um hier die Zentralbahnfrage selbst in die Hand zu nehmen. Damals wurde Herrn v. Liebert natürlich von Amtswegen diese Selbstherrlichkeit gelegt. Da in denselben Blättern die verständige Reserve des Kolonialamts in der Zentralbahnsache als „Schwäche“ u. ausgelegt wurde, so mußte jeder aus der Liebertschen Notiz einen Protest gegen v. Buchka entnehmen und bei sich denken, „der Liebert ist doch ein ganz anderer Kerl, wie dieser Buchka“. Und allen Patrioten lief das Wasser im Munde zu-

sammen, wenn ihnen der Gedanke kam an den Herrn Generalmajor v. Liebert, Staatssekretär des Kolonialamts in spe, Exzellenz, Ritter p. p., Inhaber des Sansibar-Ordens vom Strahlenden Stern.

In Nr. 406 der „Post“ schreibt ein „völlig unbeeinflusster Privatmann“ aus Deutsch-Ostafrika:

„Und zwar sollte der Gouverneur die Ablehnung der Zentralbahn zum Anlaß genommen haben, dem Auswärtigen Amt seine Rückkehr nach Deutschland anzuzeigen, um dort über den Kopf des Herrn v. Buchta, seines Chefs, hinweg die Agitation für diese Bahn zu betreiben. Man stelle sich doch nur unser bis ins kleinste streng geregeltes Beamten- und Instanzenwesen vor und man wird die Ungeheuerlichkeit eines solchen Schrittes — besonders für einen Militär mit einer solchen strengen Auffassung seiner Pflichten, wie sie dem Generalmajor v. Liebert eigen ist — schon sofort in ihrem ganzen Umfange erkennen.“

Also „ungeheuerlich“ ist das Verhalten des Herrn Generalmajors! Ich hätte das garnicht auszusprechen gewagt. Daß der Gouverneur aber jene Mitteilung nach Berlin gesandt hat, ist unzweifelhaft. Die ganze Presse hat sie übernommen.

Als weiteren Akt der Insubordination betrachte ich es, wenn der General v. Liebert Deutschland direkt überschwemmt mit Briefen, in denen abfällige Bemerkungen über das Kolonialamt enthalten sind. Wenn er sich zu seinen intimen Freunden vertraulich äußert, dann mag er das. Jeder schimpft gern mal auf seinen Vorgesetzten und Vordermann, das ist menschlich, und niemand denkt sich dabei etwas. Wenn man aber wildfremde Menschen so in sein Vertrauen zieht, dann wittert man eine Absicht und wird verstimmt. Man lese die Briefe an Herrn Deuß, die ich veröffentlicht habe. Es waren keine Privatbriefe, sondern die Auskunft des Gouverneurs an jemand, der sie erbeten hat aus geschäftlichen Gründen. Ich glaube nicht, daß Herr Deuß und Herr v. Liebert sich duzen. Zudem ist Herr Deuß ein Mann, der sich in harter, zäher Arbeit emporgerungen hat und als homo novus den Hamburger Patriziern ein Gräuel ist. In Dar-es-Salaam aber sind nur diese tonangebend, und es schickt sich nach deren Anschauung garnicht für einen Gouverneur, mit jemand anders als ihnen zu verkehren und jemand anders als ihnen Konzessionen zu machen. Es will mich dünken, daß General v. Liebert nun, da er den ihm fremden Deuß gegenüber sich so offen über seine Vorgesetzten geäußert hat: „Ich kenne ja meine Pappenheimer in der Wilhelmstraße und kann mir die Szene, die sie dort erlebt

haben, sehr gut vorstellen“, und „er möchte elektrische Drähte unter die Sessel der Kolonialbeamten legen“, bald Herrn Deuß zum Büßenfreund erwählen wird. Er hat sich ja bei ihm in gutes Licht gesetzt.

Wie gesagt, es ist Herr Deuß nicht der einzige, dem Herr v. Liebert seine Abneigung gegen Herrn v. Buchta klar machte, doch augenscheinlich in der Absicht, seine eigenen Vorzüge anzupreisen.

Ich möchte an dieser Stelle einschalten, daß ich hier keineswegs als Anwalt oder Manager für Herrn v. Buchta auftrete. Nur einmal hatte ich Gelegenheit, Herrn v. Buchta zu sehen, und das war kein freundlicher Anlaß, denn Herr v. Buchta war empört, daß ich seine Konzessionen so scharf angegriffen hatte.

II. Ich komme nun zu dem Verhalten des Herrn Gouverneurs in der Deuß'schen Konzessionsangelegenheit.

Für diejenigen, die jede Konzession für den Betrugsversuch eines „Unternehmers“ halten, möchte ich bemerken, daß diese Konzession gewissermaßen ein Muster sein sollte. Es ist an ihr 1½ Jahre von allen möglichen Kolonialpolitikern gefeilt, insonderheit hat sich von unbeteiligter Seite an dieser Arbeit die als chauvinistisch und antischarlachisch bekannte Abteilung Berlin der Kolonialgesellschaft beteiligt. Es sind die Forderungen der Unternehmer erheblich herabgedrückt, genaue Maßregeln getroffen, daß keine Börsengeschäfte mit der Konzession, die in einer Landpachtung besteht, getrieben werden können, daß nur deutsche Direktoren in der Gesellschaft sind u. s. w. Dr. Scharlach, der anfangs sich an der Konzession beteiligen wollte, hat sich gleich in den Anfangsstadien zurückgezogen. Das Kolonialamt hat sich mit großer Zähigkeit an der Hochschraubung der Bedingungen beteiligt u. s. w. Herr Deuß arbeitet schon ein halbes Menschenalter in Ostafrika und verdient volles Vertrauen als ehrlicher, fleißiger Mann, wenn ihn auch die Hamburger Patrizier als Neuling nicht leiden mögen. Wer in jedem, der Geld verdient, einen Lumpen sieht und Schwindler, wie das die neidischen, weil selbst heruntergekommenen und wirtschaftlich unfähigen Antisemiten thun, dem ist ja nicht zu helfen. Für die ist aber auch nicht die Kolonialpolitik. Es kommt mir hier nicht darauf an, für Herrn Deuß und sein Projekt eine Lanze zu brechen, sondern nur aus diesem Fall darauf hinzuweisen, auf welche Widersprüche man bei Generalmajor v. Liebert gefaßt sein muß.

Um die Leser mit den weitschauenden Plänen bekannt zu machen, die das Deuß'sche Konsortium hatte, sei das Programm derselben hier wiedergegeben. An Kapitalkaufwand waren vom Kolonialamt

5 Millionen Mark gefordert, die nun der Kolonie verloren gehen. Innerhalb 20 Jahren sollten 4 Millionen Mark verwendet werden müssen, ohne das Transportunternehmen. Die Konzession wird nur für 20 Jahre erteilt. Das Programm lautete:

1. Anlage einer Sammelstation in Chinde am Zambesi im Verband mit der Agentur der deutschen Ost-Afrika-Linie.
2. Inbetriebstellung von Dampfern und Leichtern auf dem Zambesi und Schire.
3. Anlage von Transitstationen im englischen Schire-Hochland.
4. Inbetriebstellung von Dampfern und Leichtern auf dem Nyassa und Herstellung sicherer Landungsplätze im deutschen Gebiet.
5. Anlage von Faktoreien in Wiedhafen und Langenburg und im Konzessionsgebiet an der Nordwestküste des Nyassa.
6. Anlage einer Straße vom Nyassa zum Tanganjika durch das Konzessionsgebiet.
7. Anlage von Stationen dieser Straße entlang.
8. Anlage und Förderung von Farm- und Plantagenbetrieben in den dazu geeigneten Gegenden.
9. Anlage zweckentsprechender industrieller Unternehmungen, als Ziegeleien, Holzsägereien und Zimmerplätze, Bootsbauereien u. a. m.
10. Nach vorausgegangenem Studium dieser Frage: Besiedelung des Konzessionsgebietes in seinen dazu geeigneten Teilen durch deutsche Kolonisten.
11. Erforschung und Erschließung des Konzessionsgebietes mit Rücksicht auf seinen Mineralien-Reichtum.
12. Nach Schaffung genügender Werte und Interessen: Förderung des Baues einer Bahn von der Ostküste zum Nyassa, zu erweitern durch die Eröffnung eines Motorwagenbetriebes von der Küste zum Nyassa, wozu die Wege instand zu bringen wären. — Dieser Punkt wäre alsdann in den Vordergrund zu rücken.

Wie sich Generalmajor v. Liebert anfangs zu diesem Unternehmen stellte, geht aus dem Bescheide hervor, den er Herrn Deuß auf dessen Mitteilung zu seinen Plänen, am 7. Nov. 1898, erteilte:

„ . . . Ich freue mich außerordentlich über das neue Unternehmen und kann Sie versichern, daß alles geschehen soll, was amtlich dasselbe fördern kann. . . . Falls Sie für Ihre Gesellschaft bei der Kolonialabteilung hier etwas durchzusetzen oder vorzutragen haben, so stelle ich mich Ihnen gern zur Verfügung.“
Schreiben vom 19. November 1898: „Sehr geehrter Herr Deuß!

Ihr Schreiben vom 16. hat mich auf das lebhafteste interessiert. Ich kenne ja meine Pappenheimer von der Wilhelmstraße und kann mir die Szene, die Sie dort erlebt haben, sehr gut vorstellen. Heute habe ich daraufhin mit dem Kolonialdirektor Rücksprache genommen. . . . Schwierigkeiten macht nur der wichtigste Punkt 3 der Landkonzession und der Besiedlungsfrage im Prinzip. Der Direktor stellt sich nicht auf den Standpunkt des Geh. Rats Hellwig, er will die Kolonie entwickeln, aber er geht wieder nicht so weit, als ich in der Konzessionsfrage, er fürchtet die Rückschläge, die eine verunglückte Besiedlung der ganzen Kolonie bringen könnten.

Ich will selbst sobald als möglich das Nyassaland besuchen und wünsche Ihnen soweit als irgend möglich entgegenzukommen. Lassen Sie die Sache ja nicht fallen, sondern üben Sie nur ein wenig Geduld, und bereiten Sie vor allem die Verkehrseinrichtung auf dem Sambesi-Schire vor. Das wäre der nächste wesentliche Erfolg."

Berlin, den 24. 1. 99. „Ich halte Ihr Projekt für völlig gesichert, da der Kolonialdirektor sich lebhaft für dasselbe interessiert und alles thun wird, um es zu stande zu bringen. Auch ich glaube, daß Sie mit dem Transportgeschäft früher einsetzen und Erfolge erzielen können, bevor die beabsichtigte Bahnlinie den Nyassa erreicht. Sie sollten den Schwerpunkt Ihrer Unternehmung auf den Wassertransport legen und die Eisenbahn zwischen den Seen der Zukunft überlassen. Was ich draußen zur Förderung ihres Unternehmens thun kann, soll sicher geschehen. Wenn es irgend möglich ist, reise ich im Sommer selber nach dem Nyassa und ebne Ihnen dort die Wege.

Mit besten Wünschen für gutes Gelingen

Ihr sehr ergebener Liebert."

Man möge beachten, daß Generalmajor v. Liebert kein Neu-ling mehr in Ostafrika war, als er Herrn Deuß in dieser Weise ermutigte. v. Liebert hatte sich damals schon zwei Jahre in seiner Kolonie aufgehalten, er mußte also in der Lage sein, eine feste Anschauung über diese Dinge haben. Das hat wohl auch Herr Deuß geglaubt, als er sich im Vertrauen auf die Festigkeit und Urteilsfähigkeit des Generalmajors v. Liebert daran machte, sein Projekt zu verwirklichen. Man muß nicht vergessen, daß die Vorarbeiten zu solchen Unternehmungen infolge von Reisen, Gutachten u. s. w. viel Geld kosten und ein vorsichtiger Kaufmann sich erst erkundigt,

welche Aussichten bei den maßgebenden Stellen sein Vorhaben hat. Da Herr v. Liebert sich besonders für das Nyassagebiet interessierte, weil er dort deutsche Bauern ansiedeln wollte, so wird er sich doch über die Verhältnisse in jenen Gebieten eingehend erkundigt haben. In der That blieb der Gouverneur, nachdem er nach Dar-es-Salaam zurückgekehrt war, noch dreiviertel Jahr bei seiner Anschauung. Von dem Vorsitzenden der Abteilung Berlin, General v. Poser, wurde ihm der entwickelte Plan der Konzession, wie sie vom Kolonialrat und der Abteilung genehmigt war, zugesandt, und am 13. November 1899 antwortete der Gouverneur privatim, daß er seine Zustimmung schnell werde erteilen können. Auch Herrn Deuß, der Plantagen im Schiregebiet hat und zuweilen nach Deutsch-Ostafrika kommt, hat der Herr Gouverneur dort gesagt, wenn er, Deuß, nach Hause komme, werde er das genehmigte Konzessionsgesuch schon vorfinden. Aber wie erstaunten die Teilhaber der Nyassagesellschaft, als sie — die eben noch der wärmsten Zuneigung des Herrn Generals sich versichert glaubten — folgende Mitteilung des Kolonialamts erhielten:

Berlin, 3. März 1900.

Im Anschluß an das diesseitige Schreiben vom 24. Januar d. J. und unter Bezugnahme auf die seitdem gepflogenen mündlichen Verhandlungen bedaure ich, Euer Hochwohlgeboren als Vertreter des Nyassa-Syndikats mitteilen zu müssen, daß in zwischen ein vom 23. Jan. d. J. datierter Bericht des kaiserlichen Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika eingetroffen ist, in dem ausgeführt wird, daß gegen die Erteilung einer irgendwie nennenswerten Landkonzession an eine Gesellschaft, welche gleichzeitig ein Transportunternehmen auf dem Sambesi-Schire einzurichten beabsichtigt (vgl. die Briefe des Gouverneurs!), erhebliche Bedenken obwalteten. Der Herr Gouverneur wünscht, daß eine zu gründende neue Gesellschaft, für welche erheblichere Landkonzessionen in Aussicht genommen seien, von jeder Hebung des Verkehrs auf dem Sambesi und Schire abstehe, daß dieselbe sich vielmehr ausschließlich mit der inneren Erschließung des Landes und der Herstellung guter Verbindungen nach einem Punkte der deutschen Küste befaßt und daß sie insbesondere bestimmte Verpflichtungen übernehme, die geeignet seien, einen Bahnhau vom Nyassa-See nach einem Punkte der deutschen Küste zu fördern. Es ist Euer Hochwohlgeboren bekannt, daß ich es abgelehnt habe, eine Konzession zu erteilen, ohne dem Gouverneur

von Deutsch-Ostafrika Gelegenheit zu einer Prüfung und Äußerung gegeben zu haben, und daß es nicht meine Absicht war, in wesentlichen Punkten der Konzessionserteilung anders als in Uebereinstimmung mit dem Herrn Gouverneur vorzugehen. . . . Immerhin würde ich bereit gewesen sein, weiter zu verhandeln, wenn nicht die oben mitgeteilte Berichterstattung des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika in mir die Ueberzeugung erweckt hätte, daß zwischen den Wünschen und Absichten des letzteren und denen der Vertreter des Nyassa-Syndikats so weitgehende Verschiedenheiten bestehen, daß jeder Versuch, einen Ausgleich herbeizuführen, mir aussichtslos erscheint.

Gener Brief vom 13. 11. 1899 ist übrigens nicht der letzte, der sich zustimmend zu dem Projekt äußert, aber er ist der klarste, und deshalb erwähne ich vorsichtshalber nur ihn. Was den Gouverneur veranlaßt hat, sich mit sich selbst in Widerspruch zu setzen, zuerst das Transportunternehmen für das Wichtigste zu erklären und extra noch zum Ausharren in dieser Frage zu ermahnen, dann aber an diesem Unternehmen das Projekt scheitern zu lassen, ist unerfindlich, für mich wenigstens. Natürlich wird das Wasserunternehmen doch gemacht, denn es ist die einzige Möglichkeit, das Seengebiet zu erschließen, bis eine Bahn, die 7—10 Jahre zum Bau braucht, fertiggestellt ist.

Wie der „Deutschen Zeitung“, so fehlt auch mir die psychologische Erklärung der Wankelmütigkeit des Gouverneurs in dieser Angelegenheit. Die „Deutsche Zeitung“ ergeht sich in Nr. 184 in Vermutungen über die Gründe des Gesinnungswechsels. Sie unterschlägt dabei nur einen kleinen Passus meiner Ausführungen, nämlich den: „Solcher Briefe giebt es noch einige Duzend“. Da ich nun behauptet hatte, daß die private Mitteilung an die Deuß'schen Vertreter und die amtliche Ablehnung etwa gleichzeitig erfolgt seien, so muß jeder, der die Wahrheit liebt, sagen, daß die Behauptung der „Deutschen Zeitung“, der Gesinnungswechsel des Generals erstreckte sich über den Zeitraum von fünfviertel Jahren, eine absichtliche Irreführung des Publikums zu meinem Schaden bedeutet.

Nach den jetzigen, mit Datum belegten Mitteilungen wird jeder zugeben, daß meine Kritik eine sehr milde war, wenn ich sagte:

„Man sieht aus diesem Briefwechsel, daß Herr v. Liebert die kolonialen Erwerbskreise privatim zu Unternehmungen mit freundlichem Pathos ermutigt, amtlich aber dann diese Unternehmungen

durchkreuzt. Wie da unsere Kolonie zu wirtschaftlicher Blüte gelangen soll, ist nicht ersichtlich."

Die „Deutsche Zeitung“ urteilt schärfer, wenn sie in Nr. 184 sagt: „Der schwerste Vorwurf, den Herr Dr. Hans Wagner gegen den Gouverneur Deutsch-Ostafrikas geschleudert hat, ist der, daß er Herrn Deuß gegenüber eine freundliche Haltung zu dessen Konzessionswünschen eingenommen, hinter seinem Rücken aber sie bekämpft habe. Ein solcher Verdacht der Hinterhältigkeit und Doppelzüngigkeit hebt jede Gemeinschaft mit anständigen Menschen auf.“

Ich meinerseits möchte den Herrn Gouverneur der Hinterhältigkeit und Doppelzüngigkeit nicht zeihen, ich meine, daß man bei einem Offizier auf jeden Fall Gründe für eine mildere Beurteilung suchen muß, und ich persönlich bin geneigt, sie in einer übermäßigen Gutmütigkeit des Gouverneurs gegen die Konkurrenten des Deuß zu suchen und in seiner Unfähigkeit, wirtschaftliche Dinge gründlich zu erfassen. Diese letztere Anschauung hatte ja auch Herr Dr. Friedrich Lange, der Herausgeber der „Deutschen Zeitung“, im Jahre 1896 von Herrn v. Liebert, wenigstens hat er sich den Redaktionsmitgliedern der „Täglichen Rundschau“ gegenüber damals in diesem Sinne geäußert. Er hielt damals Herrn v. Liebert für einen Poser. Wenn Herr Dr. Lange es trotzdem mit seinem Gewissen vereinen konnte, für Herrn v. Liebert die Reflametrommel zu rühren, so daß dieser wirklich Gouverneur wurde, so trägt Herr Dr. Lange mit die Schuld an dem, was sein Günstling in Deutsch-Ostafrika verbricht. Und das erklärt auch, warum die „Deutsche Zeitung“ sich jetzt so übernimmt in ihrem ruhelosen Eifer, Herrn v. Liebert zu retten. Wie böß ihr Gewissen schlägt, geht ja daraus hervor, daß ihr keine Verleumdung gegen mich zu niedrig ist, um ihre eigene Gewissensqual zu übertäuben. In der „Täglichen Rundschau“ hat man natürlich nicht den Gewissensmut des Herrn Dr. Lange beibehalten, als dieser schied; sondern sich an Stelle des alldeutschen Tamtams einer gewissen Reserve Herrn v. Liebert gegenüber befleißigt, denn die „Tägliche Rundschau“ — die „Deutsche Zeitung“ allerdings auch — verspricht ja ihren Lesern, unparteiisch und unabhängig zu sein.

Von anderen Lesarten über den Gefinnungswechsel des Generalmajors v. Liebert möchte ich die mitteilen, daß die Firma Haufing & Co., die im Nyassagebiete zuweilen Kautschuk kauft, aus Furcht vor der Konkurrenz des Deuß dem Gouverneur die sonderbare Anschauung beigebracht habe, als könne ein Dampferunternehmen auf dem Nyassa-Schire die Küstenstadt Kilwa schädigen. Nun schwimmen

jetzt schon ein Duzend Dampfer dort, und das Deuß'sche Unternehmen bezweckt nur eine deutsche Konkurrenz gegen die englischen und belgischen Gesellschaften, was ja auch dem Gouvernement angenehm sein mußte, das jetzt für den östlichen Teil ganz auf englische Frachten angewiesen ist. — Wie gesagt, ich kann diese Lesart nicht glauben, da in ihr doch eine zu vernichtende Kritik von der Urteilsfähigkeit des Generals in wirtschaftlichen Dingen enthalten ist. Zudem würde ja dann der Gouverneur auch nicht unparteiisch zu nennen sein, was doch bei einem kaiserlichen Beamten nicht vorauszusetzen ist. — Andere wieder meinen, General Liebert wäre durch eine Zeitungsnotiz, in der fälschlich die Genehmigung der Nyassakonzeßion gemeldet war, in seiner Wut, daß die Konzeßion ohne seine Genehmigung, wie er glauben mußte, erteilt sei, so weit gegangen, daß er aus Trotz gegen das Kolonialamt nun plötzlich jene eigentümliche Mitteilung vom 23. Januar 1900 ans Amt schickte. Aber auch diese Lesart scheint mir unzutreffend. Man kann doch bei einem erwachsenen Menschen nicht einen derartigen eitlen Trotz voraussetzen.

Ich würde mich freuen, wenn es Herrn v. Liebert gelänge, eine genügende Erklärung zu geben; ich wünsche eine erfreuliche Aufklärung gerade dieses Punktes. Denn das, was ich und andere sonst an Herrn v. Liebert aussetzen haben, seine Unfähigkeit für den Posten eines Gouverneurs, kann ihm zwar seinen Posten kosten, aber nicht seine Reputation.

III. Ich komme nun zu meiner Behauptung, daß die Zustände in Deutsch-Ostafrika infolge der Schuld des Gouverneurs sehr trübe seien. Meine Gegner sind über diesen Teil gänzlich zur Tagesordnung übergegangen, alle haben nur immer gesprochen von dem so verdienstvollen Gouverneur, aber niemand hat sich der Mühe unterzogen, auch nur ein einziges Verdienst des Generals v. Liebert zu nennen. Ich fordere meine Gegner in der Liebertpresse auf, dieses Versäumnis einzuholen. Meinerseits erkenne ich nur ein Verdienst des Herrn v. Liebert an, nämlich, daß er in Deutschland begeisterte Reden über das „größere Deutschland“ gehalten hat. Aber dieses Verdienst teilt der Herr General mit dem kleinsten Leutnant und Referendar, nur daß er durch das Gewicht seiner Epauletten mehr Eindruck macht als die anderen. Welch herrliches Bild, einen General auf der Rednertribüne oder am kolonialen Bierisch präsidierend! Ob aber die reine Begeisterung und die Freude am Reden — General Liebert versteht auch vortrefflich stundenlang Gedichte von Lenau u. a. zu rezitieren, eine seltene Begabung bei höheren Offizieren — den

Mangel an wirtschaftlicher Vorbildung ausgleichen kann und genügt, ein so wichtiges Amt wie einen Gouverneursposten zu übernehmen, erscheint doch fraglich. In dieser Hinsicht unterscheidet sich allerdings der jetzige Gouverneur von Deutsch-Ostafrika wesentlich von seinen jetzigen Kollegen und Vorgängern, daß diese eine bescheidene Zurückhaltung sowohl der Presse wie dem Publikum gegenüber bewahren. v. Liebert aber ist überall und redet überall, das mag reine Begeisterung sein, es kann aber auch Gefallen an der Popularität und dem Beifall der Menge sein. Die Freunde des Generalmajors sagen, Herr v. Liebert sei aus idealem Sinn in die Kolonie gegangen. Nun wohl, ich glaube, daß er nach all der herrlichen Theorie auch einmal auf dem Felde der Praxis sich bewähren zu müssen die dringende Notwendigkeit fühlte. Aber es wundert mich, daß diese antisemitisch-alldeutsche Presse, die sonst stets gemeine Sorge um materielle Güter und Bestechlichkeit wittert, plötzlich so edel denkt. Wenn es ein ihr mißliebiger Gouverneur wäre, würde sie nicht sofort bei der Hand sein, zu sagen, er wäre hinausgegangen, um mit dem glänzenden Gehalt seine ärmlichen Verhältnisse aufzufrischen? Ich spreche hier mit Bewußtsein von einer Liebertpresse, denn es ist nicht schwer nachzuweisen, daß diese Presse von Liebert inspiriert wird. Die „Deutsche Zeitung“ erwähne ich hier ganz besonders. Damals, als von Hannover aus für Liebert Propaganda gemacht wurde, war Dr. Friedrich Lange bereit, Liebert zu lanzieren. Aber dieser mußte warten. Man machte den „Gid der deutschen Kolonialpolitik“, den ebenso tüchtigen wie bescheidenen Major Wißmann, zum Gouverneur von Ostafrika (1896). Es giebt Leute, die einen Brief des Herrn Liebert an Dr. Lange gesehen haben, den dieser indiscret genug war, zu zeigen, in dem Herr Liebert schrieb, man möge die Propaganda für ihn einstellen, seine Zeit sei noch nicht gekommen. Damals gab auch Herr Dr. Lange jenes oben erwähnte Urteil ab, das nicht gerade schmeichelt für Liebert ist. In der Liebertpresse aber macht sich heute noch eine Mißstimmung gegen Wißmann bemerkbar.

Die „Kölnische Ztg.“ sprach neulich davon, „es giebt bei uns keine politischen Generale“. Nun, Herr Liebert war schon ein politischer Major. Er hat als Pressevertreter des Grafen Waldersee zusammen mit Major Zahn dessen Reichstagskandidatur betrieben und damals Fühlung mit der Presse genommen. Die Feder hat ihn nicht mehr losgelassen und er hat diese Beziehungen benutzt, um sich eine schnellere Carrière zu schaffen, als ihm sonst beschieden wäre. Auch für Herrn Liebert war, ebenso wie für seine Freunde Peters und Lange, die Kolonialpolitik lediglich ein Sprungbrett,

darüber kann seine öffentliche helle Begeisterung nicht hinwegtäuschen. Wie vortrefflich v. Liebert seine Umgebung zu behandeln verstand, wie er aus allem für sich etwas herauszuschlagen wußte, das zeigt aufs deutlichste sein Verhalten auf der Tagung der Kolonialgesellschaft in Köln 1890; dort verteidigte er als offizieller Caprivianer den Sansibarvertrag vor der empörten Kolonialgesellschaft, aber gleichzeitig zeigte er seinen lockenden Kolonialeifer, indem er den Wisßmann-Dampfer in poetischer Glut verherrlichte. So vereinigte er glücklich — ein moderner Kant — Pflicht und Neigung. Und derselbe Mann, der die rechte Hand des Grafen Caprivi, den Oberst Reim, zum Freunde besaß, der die Caprivi'sche Kolonialpolitik verteidigte, er fand auch ein warmes Plätzchen in der Presse, die den Grafen Caprivi haßte wie die Sünde — oder die Wahrheit. Das ist doch drollig. Dann kam Li-Hung-Tschang und Oberst Liebert wurde sein Adjutant. Damals lag im Empfangssalon des Oberst Liebert in Frankfurt a. Oder ein Büchlein aufgeschlagen auf dem Tisch — es war der chinesische Sprachführer, und die Seite, wie Spötter sagten, blieb immer dieselbe. Also im Salon lernte Herr Liebert chinesisch, nicht in seinem Arbeitszimmer! Dann plötzlich wurde es still mit China, man sagte, ein Telegramm des Gesandten von Heyking aus Peking hatte das verschuldet, der die „Spezialmission“ des Oberst Liebert als Anlaß zum Abschiedgesuch zu nehmen vorhatte — und Herr Oberst Liebert ging an Wisßmanns Stelle nach Dar-es-Salaam. In den alldeutschen Blättern war neulich zu lesen: „Sie sind mit Peters und Wisßmann fertig geworden und nun ist ihnen das auch mit Liebert gelungen“. Ich glaube, das stimmt nicht ganz. Mit Liebert werden andere fertig, als die es mit Peters und Wisßmann wurden. Vielleicht erkundigen sich die alldeutschen Blätter bei Dr. Friedrich Lange, wer mit Peters und Wisßmann fertig geworden ist.

Nun gut, Herr Liebert kam glücklich nach Dar-es-Salaam. Er hat da nun vier Jahre gewirkt. In Europa gilt er als der verdienstvolle und allgemein beliebte Gouverneur. In Deutsch-Ostafrika liebt man's anders. Allerdings seine Schöpfung, die „Deutsch-Ostafrikanische Ztg.“, muß ihn ja in den Himmel heben, sie verdankt ihm ihre Existenz, der ja ohne Feder und Tinte und Drucker-schwärze nicht leben kann. Das ist wahrlich ein eigenartiges Verdienst des Generals, die Schaffung eines solchen Leiborgans. Wozu eigentlich ein Gouverneur ein eigenes Blättchen braucht, das seinen Etat so belastet, ist unerfindlich, es sei denn zur persönlichen Reklame. Aber die „Ostafrik. Ztg.“ ist eine gefährliche Claque für einen gebildeten Mann, man lese nur:

Trotzdem Gouverneur v. Liebert, besonders infolge der propagandistischen Seite seiner Bestrebungen, oft mitten im öffentlichen Leben gestanden hat, sind seine Ansichten von der Kritik wohl fast ausnahmslos wohlwollend anerkannt worden. Nur leztthin hat die „Kol. Ztschrft.“ versucht, in gröblicher Weise ohne jegliche wahrheitliche Basis die Thätigkeit v. Lieberts zu begeistern und abfällig zu beurteilen. Und leider war dieser Bericht durch fast alle großen Tageszeitungen gegangen, ein trauriger Beweis dafür, wie sehr man die „Afrikaner“ dieser Zeitschrift heute noch als Autoritäten anerkennt. Wir nahmen schon in voriger Nummer zu dem erbärmlichen Nachwerk Stellung. Nennt das die „Kol. Zeitschrift“ „Handelsniedergang“, wenn z. B. am 7. August d. J. vom Zollamt in Bagamoyo 6767 Rupien eingenommen wurden? Es ist dies eine Einnahme, welcher eine Aus- und Einfuhr von Waren im Werte von 45000 Rupien (63000 M.) entspricht. Und das an einem Tage. Nennt die „Kol. Zeitschrift“ das Bureaukratismus, wenn Gouverneur v. Liebert in liberalerer und sparsamster Weise sämtliche Erlasse, welche sich gegen früher sehr vermindert haben, der breitesten Öffentlichkeit übergiebt, anstatt sie, wie es früher Sitte war, in den Aktenschränken zu verschließen? Es ist sehr merkwürdig, wie es dem Artikelschreiber gelungen sein sollte, die Anzahl der Erlasse, ehe sie regelmäßig im Druck erschienen, zu erfahren. Die Kolonie scheidet Gouverneur v. Liebert nur sehr ungern und mit tiefem Bedauern scheiden, zumal seine Rückkunft aus bekannten Gründen so ungewiß ist. . . .

Wir müssen, um einen solchen Artikel der „Kolonialen Zeitschrift“ richtig charakterisieren zu können, zu unserem Leidwesen auf europäische Höflichkeit verzichten, denn es ist uns vollkommen unverständlich, wie ein Blatt, welches kolonialen Zwecken zu dienen als seine erste Pflicht betrachten sollte, seine Spalten einem solch nichtswürdigen Klatsch von Lügen, Verleumdungen und persönlichen Gehässigkeiten zu öffnen vermag. . . .

Hübsch, was? Dieses „amtliche“ Liebertorgan ist eine Perle, der reine Knigge von Dar-es-Salaam.

Was nun die Beliebtheit des Herrn Gouverneurs bei seinen Untergebenen angeht, so möchte ich die Mitteilung eines sehr ruhig denkenden Ostafrikaners hersetzen, der immer noch eine gewisse Vorliebe für Liebert hatte. Er schreibt: „Die Unbeliebtheit des Herrn v. Liebert in allen Kreisen — Beamten, Offizieren, Zivilisten — war so groß, daß ich geradezu erstaunt war, als ich mich leztthin einige Tage im Kreise meiner afrikanischen Freunde befand und davon sprechen hörte. Besonders der Einfluß minder wertvoller Geister auf die Leitung der Geschäfte ist von vielen überaus unangenehm empfunden worden.“

Daselbe ist mir von mehreren anderen „Afrikanern“ bestätigt. Herr v. Liebert steht wohl in seinem Reiche mit seiner Brachtzeitung allein in der bewundernden Pose vor sich selbst. Herr v. Liebert hat sich denn auch seinen Presse-Adlatus, Herrn v. Horn, den Redakteur der „Ostafrikanischen Zeitung“, mit nach Berlin gebracht.

Herr v. Liebert hat viel Wesens von seiner Idee der Hütten-

steuer gemacht. Einerseits war es nun nicht seine Idee, und zweitens hat er das, was an ihr gut war, höchst eigenhändig verdorben durch die Art, wie er sie eintrieb. Er hat es verschuldet, daß heute ganz Deutsch-Ostafrika dicht vor dem Aufruhr steht. Mir sind über die Art, wie die Hüttensteuer eingetrieben wird, schon vor sechs Monaten solche haarsträubenden Dinge von durchaus zuverlässigen Leuten erzählt, daß ich mich aus nationalem Interesse weigere, sie zu veröffentlichen. Diese Nachrichten hat Herr v. Liebert seiner Presse verschwiegen. Ich möchte hier einen anderen sachlichen Bericht eines Afrikaners hersetzen, der möglichst vorsichtig abgefaßt ist und dessen Inhalt authentisch ist und jederzeit gerichtsnotorisch belegt werden kann.

„Die Hüttensteuer schien bislang ein wenigstens einigermaßen handgreiflicher Erfolg des jetzigen Gouvernements zu sein; doch auch dieser verkehrt sich, wenn man ihn genauer betrachtet, fast in das Gegenteil. Nur die sorgfältige Vorbereitung, die in der Arbeitsleistung früherer Gouverneure lag, hat es überhaupt möglich gemacht, daß man an die Einführung der Steuer denken konnte; der jetzige Leiter der Kolonie fand die relativ günstigen Verhältnisse vor, an der Schaffung derselben hat er herzlich wenig Anteil. Jeder der früheren Gouverneure hat darauf hingearbeitet, daß einmal eine Hüttensteuer oder etwas ähnliches eingeführt werden könne, doch wurde der Gedanke an derartige Maßregeln, obwohl oft erwogen, immer wieder zurückgestellt, weil die Folgen nicht mit Sicherheit vorausszusehen waren. Ein besonderes Verdienst läge in der Einführung der Steuer selbst dann nicht, wenn alles so glatt vor sich gegangen wäre, wie man glauben zu machen wünscht. Warum hat man denn den Aufstand am Kilimandscharo so lange verschwiegen? lediglich wohl deshalb, weil er eine Folge des Versuchs war, die Steuer dort einzuführen. Ernst genug war der Aufstand und deshalb der Veröffentlichung würdig, denn so scharfe Maßregeln, wie die Hinrichtung von 19 Häuptlingen (!!!) werden nicht getroffen, wenn es nicht durchaus notwendig ist, vor allem nicht vom Kompagnieführer Johannes, der nicht der Mann ist, sich zu unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen. In den Rahmen des vielgepriesenen Steuerprogramms hatte es aber schlecht gepaßt, daß dadurch ein Krieg hervorgerufen wurde, der direkt und indirekt mehr kostet, als die gesamten Steuern einbringen.

Nachrichten von kleineren Steueraufständen, wie ein solcher in den Matumbibergen stattfand, sind überhaupt nicht in die Öffentlichkeit gedrungen. Vom letzten

Matjchembakrieg, der gleichfalls durch die Steuer veranlaßt war, haben wir wohl nur deshalb gehört, weil ein jugendlicher Zivilbeamter, der den Kriegszug mitgemacht hatte, es für durchaus nötig hielt, von sich als gewaltigem Kriegermann und Reserveleutnant in den Zeitungen zu lesen. Matjchemba hatte zwar Steuern bezahlt, aber nach Ansicht dieses Herrn, der Zivilchef jener Gegend war, nicht genug; sollte es in diesem Falle nicht bedeutend besser gewesen sein, sich mit dem Bezeigen des guten Willens zu begnügen? An dem alten hartköpfigen Häuptling ist zwar nicht viel verloren, aber mit ihm trat auch eine große Anzahl seiner Leute auf portugiesisches Gebiet über.

Diese Fälle beweisen, daß der Grundsatz, nur dort Steuern einzutreiben, wo die Leute einigermaßen gutwillig zur Zahlung bereit waren, nicht befolgt wurde, daß man vielmehr in Verkennung der Zustände die Schraube auch da ansetzte, wo sie eine — vom Gouvernement wenigstens — nicht erwartete Wirkung hatte. Mehrfach haben die Chefs einzelner Gegenden die Eintreibung der Steuern nicht für thunlich gehalten, sind aber veranlaßt worden, anders zu handeln, als das bessere Verständnis ihnen vorschrieb.

Auch in den Küstengegenden, in welchen Steuern ohne äußere Schwierigkeiten eingingen, hat die Durchführung der Maßregel überaus schädliche Nebenwirkung gehabt, zumal die Eintreibung leider nicht ohne große Härten vor sich ging. Es ist vorgekommen, daß den Leuten die letzte Ziege aus dem Stall verkauft wurde, um rückständige 2 Rupie einzubringen, und daß Häuser aus gleichem Grunde unter den Hammer kamen, die bei der Subhastation nicht den zehnten Teil ihres Wertes aufbrachten. Sachverständige Kenner und der Regierung wohlgesinnte Eingeborene wollen dann auch eine gewisse Beunruhigung unter der Küstenbevölkerung wahrgenommen haben, die wohl nicht gefährlich, aber doch für den ruhigen Geschäftsverkehr des Küstengebietes von unangenehmer Bedeutung werden kann. Der eventuelle Nachfolger des jetzigen Gouverneurs wird bestimmt damit zu rechnen haben, daß er seinen Ruf als Verwaltungsbeamter nicht auf großen Ertrag an Steuern wird begründen können, da allzuviel baares Geld für weitere Zahlungen nicht bei den Farbigen aufzutreiben sein wird. Auch in anderer Beziehung wird es dem demnächstigen Gouverneur schwerer werden, als es Herrn v. Liebert geworden ist: die große Anzahl bewährter Mitarbeiter, die der letztere vorfand; ist bedenklich gelichtet worden, und fast alle haben sie den liebgewordenen Schauplatz ihrer Thätigkeit schweren Herzens verlassen, äußerlich

anscheinend freiwillig, thatsächlich aber dem Drucke von oben weichend. Herrn v. Liebert selbst kann man solche diplomatisch fein ausgedachte Maßregeln kleinlicher Eifersucht nicht vertrauen, um so mehr jedoch denen, die es verstanden, sich dem Gouverneur unentbehrlich zu machen. Leider aber ist es Thatsache geworden, daß subalterne Geister mehr Einfluß auf die Leitung der Geschäfte gehabt haben, als gut war. Solchen Leuten aber waren wirklich sachverständige Kenner Ostafrikas unbequem, diese mußten also weichen, nicht zum Vorteil der Kolonie."

Wenn der „Unbeeinflusste“ in der „Post“ zwar zugiebt, daß Uebergriffe vorgekommen seien, dann aber sagt, ich kann versichern, daß von einer Erbitterung unter ihnen nichts zu bemerken ist, sondern daß vielmehr Zufriedenheit und Ordnung im Lande herrschen, so straft der Artikelschreiber das amtliche „Kolonialblatt“ Lügen, das spät, aber doch Langes und Breites über die Strafexpeditionen und das massenweise Niederschießen (ca. 1000) gebracht hat.

Die Schuld an den Aufständen aber trägt allein Herr v. Liebert, der in seiner bureaukratischen Weise seine Beamten zu den scharfen Maßregeln gezwungen hat. Er hat z. B. in einem Erlaß vom 21. August 1899 die Innenstationen ziemlich hart angefahren, daß sie die Steuer nicht in bar, sondern in Arbeitsleistung erhoben hätten (Zimmermann, Deutsche Kolonialgesetzgebung, IV, S. 9). Woher sollten denn die Eingeborenen Bargeld herbekommen?

Warum aber that Herr v. Liebert das? Er wollte augenscheinlich in Deutschland mit einer möglichst hohen Ziffer der Steuersumme imponieren, und als man ihm über die Folgen seiner Handlungsweise Vorhaltungen von Berlin aus machte, da erhob sich der Skandal über den „grünen Tisch“ in der Liebertpresse. — — — Vielleicht wird nun Wisßmann noch einen zweiten Aufstand niederzuwerfen haben. — —

Wer sich über die unglaubliche Verordnungsfreudigkeit des Herrn Liebert und die aus seinen Erlassen herausschauende bureaukratische Lust, zu reglementieren und zu herrschen, näher informieren will, der sehe die Sammlung von Kolonialgesetzen ein, die der Legationsrat Dr. Zimmermann in vier Bänden bei Mittler & Sohn herausgegeben hat. Deutsch-Ostafrika nimmt da seit Liebert so viel Raum ein, wie alle anderen Schutzgebiete zusammen, und auch die Denkschriften über Ostafrika sind immer so stark, wie alle anderen zusammen. Herr v. Liebert glaubte wohl auch durch dickleibige Denkschriften imponieren zu müssen.

Von den wirtschaftlichen Anschauungen des Herrn Generals hier einige Proben:

In der Nummer vom 9. Juli der „Berliner Neuesten Nachrichten“ führt Oberst Reim, der einst die rechte Hand des Grafen Caprivi war, aus, wahrscheinlich um der Person des Generals Liebert auch nach dieser Seite einen populären Hauch zu geben, daß der General das sog. System Scharlach bekämpft habe, weil er in den ausgedehnten Landkonzessionen, welche dasselbe im Gefolge haben mußte, eine ernste Gefahr für die zukünftige Entwicklung der Kolonie erblickte. Es scheint indessen Oberst Reim von den Anschauungen seines Freundes über das System Scharlach schlechter unterrichtet zu sein, als über dessen Zwistigkeiten mit Herrn v. Buchta. Wenigstens finde ich in dem mir von Herrn Deuß zugestellten Älften einen Brief, in dem es heißt, daß v. Liebert am 4. Dez. 1898 in einer Unterredung mit Dr. Scharlach die Beteiligung belgischen Kapitals in deutschen Kolonien, nach Art der Südkamerungesellschaft also, gutgeheißen habe. Und in dem Briefe vom 7. Nov. 1898: „... Schwierigkeiten macht nur der wichtigste Punkt 3 der Landkonzession und die Besiedlungsfrage im Prinzip. Der Direktor stellt sich nicht auf den Standpunkt des Geh. Rats Hellwig; er will die Kolonie entwickeln; er geht aber wieder nicht so weit als ich in der Konzessionsfrage.“

Es scheint damals Herr v. Liebert noch ein größerer Anhänger des Systems Scharlach gewesen zu sein, als Herr v. Buchta; er muß also neuerdings auch hier einen Gesinnungswechsel vorgenommen haben.

Mit den sonstigen Bemühungen des Herrn v. Liebert nach außen hin einen imposanten Eindruck zu machen, stimmt auch die in ganz Ostafrika viel bespöttelte Baulust des Gouverneurs. Man findet dafür in den Denkschriften des Gouverneurs wahrhaft köstliche Beläge. Da in der Denkschrift S. 228 mit besonders epischem Schwung diese Bauten geschildert und extra betont wird, daß die Bauten unter Kontrolle des Gouverneurs errichtet werden, so scheint, daß diese Art der Verwaltung, die den deutschen Steuerzahlern unnütz Geld aus der Tasche lockt, vom Gouverneur v. Liebert als sein Spezialverdienst in Anspruch genommen wird. Nun will mich bedünken, daß für diese Art von Steckenpferd die Berliner Grunewaldkolonie ein berechtigteres Feld wäre, als eine so dürftige Kolonie wie Deutsch-Ostafrika. Und schließlich bezahlt ja das Reich auch den teuren Gouverneur nicht, damit er die Kolonie verschönt und den an der Küste entlang reisenden Globetrottern Stoff zu begeisterten Stimmungsbildern bietet, sondern damit er in weit-

schauenden Maßnahmen wirtschaftliches Leben in die Kolonie bringt. Die Vollendung des Deuß'schen Projektes scheint mir Laien wenigstens wertvoller, als der Ausbau des Entenstalles in der Station Kawai. Ich überlasse es Karlchen Wiesnick, die Verdienste des Gouverneurs um diese Kulturstation zu schildern, und begnüge mich meinerseits, folgenden Passus aus der Zeitschrift 1899 S. 213 wiederzugeben:

„Ein Geflügelhaus ist ebenfalls in diesem Jahre aufgeführt worden. Dasselbe ist aus gebrannten Ziegeln gebaut, mit massivem Dachstuhl und enthält fünf Räume und einen aus Fittos mit Lehmwurf hergestellten durchgehenden Bodenraum. Ebenso ist der Geflügelhof in fünf kleinere Räume eingeteilt.

Für die Gänse und Enten befinden sich in den Abteilungen kleine Teiche, die mit der in der Nähe befindlichen Wasserleitung verbunden sind.“

Wie hübsch! Die Gänse werden wohl Herrn v. Liebert dankbarer sein, als die deutschen Steuerzahler. Man erinnere sich, daß die Kulturstation Kawai eine Musterfarm für — Kleinbauern sein sollte.

Einen furchtbaren Wutanfall hat in Dar-es-Salaam meine Behauptung erregt: Deutsch-Ostafrika zeige einen Handelsniedergang. Und doch hat Generalmajor v. Liebert einen Bericht über das letzte Dezennium veröffentlicht, aus dem jeder, der sich für den Gouverneur interessierte oder interessieren sollte, entnehmen durfte, daß Deutsch-Ostafrika seit 1897, also seitdem Herr v. Liebert dort wirtschaftet, sich langsam aber ständig hebt. Dieser Bericht ist wahrhaft klassisch in der Gruppierung von Zahlen. Die „Ostafrik. Ztg.“ leistet sich nun gegen mich folgenden Wutschrei:

„Wir nahmen schon in voriger Nummer zu dem erbärmlichen Nachwerk Stellung. Nennt daß die „Kol. Zeitschrift“ „Handelsniedergang“, wenn z. B. am 7. August d. Js. vom Zollamt in Bagamoyo 6767 Rupien eingenommen wurden? Es ist dies eine Einnahme, welcher eine Aus- und Einfuhr von Waren im Werte von 45 000 Rupien (63 000 M.) entspricht. Und das an einem Tage.“

Berehrter Kollege aus dem Lande des Tropenkollers, Sie leisten sich da einen kleinen Witz. Oder glauben Sie, wir wüßten hier nicht, daß zufällig der August der größte Karawanenmonat ist, und daß man nur mehrere Karawanen an einem Tage zusammen abzufertigen braucht, um einen Bombeneffekt für die Außenstehenden zu erzielen? Wieviel ist denn in den übrigen 364 Tagen eingekommen? darüber schweigen Sie, denn damit können Sie für Ihren Brotgeber nicht Reklame machen!

Der „Unbeeinflusste“ in der „Post“ wiederum „erschlägt“ mich in folgender Weise:

„Nun macht die genannte Zeitschrift den Gouverneur auch noch verantwortlich für den „rapiden Niedergang“ des Karawanen-Verkehrs. Ich weiß nicht, soll ich mehr staunen über die Unkenntnis der Verhältnisse oder über die Leichtfertigkeit, mit der solche Artikel in die Welt gesetzt werden. Gerade Herr v. Liebert war es, der rechtzeitig die Gefahren erkannte, die unserem Karawanen-Handel von allen Seiten drohten, im Norden durch die Uganda-Bahn, im Westen durch den Kongo und die Kongo-Bahn und im Süden durch den Wasserweg Sambesi—Schire. Und gerade aus diesem Grunde hat er den ferneren Verbleib auf seinem Posten von der möglichst baldigen Inangriffnahme der Zentralbahn abhängig gemacht.“

Ich meinerseits behaupte, daß Herr v. Liebert die Zentralbahnfrage benutzen wollte, um sich mit Glanz aus der Affäre zu ziehn. Abgesehen davon, daß die Zentralbahn, wenn sie wirklich einen Nutzen haben könnte, erst in etwa zehn Jahren fertiggestellt werden könnte und die übel berüchtigte Tangabahn auch keinen Aufschwung herbeigeführt hat, so ist der Rückgang des Karawanenhandels nach dem Urteil von kundigen Ostafrikanern zum großen Teil auf die bürokratische Chifane zurückzuführen, mit der die Karawanen jetzt bedacht werden. Man lese doch nur folgenden Artikel in Nr. 12 der „Deutschen Kolonialzeitung“, die doch wahrlich nicht leichtsinnig die Gunst eines Gewaltigen aufs Spiel setzen wird. In Nr. 42 vom 16. Dezember 1899 stellt die „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung“ folgendes epochemachensollendes deutsch-ostafrikanisches Zukunftsprogramm auf; sie stellt als besonders empfehlenswert den Grundsatz auf, der Handel an der deutschen Küste müsse durchaus auf einige große Plätze konzentriert werden. — Die Stadt Bagamoyo rechnet sie dabei nicht zu jenen großen Plätzen, betont dagegen mit Genugthuung, Bagamoyo werde unter feinen Umständen eine Bahnlinie erhalten, da es keinen Hafen habe.

Diese Ausführungen schließt die „D. D. Z.“ alsdann mit den Worten:

Der Karawanenhandel Bagamoyos mit dem anschließenden Dhauverkehr nach Sansibar, dieser Krebschaden der deutschen Kolonie, wird glücklicherweise in drei Jahren zur Mythe geworden sein.

Von beachtenswerter Seite ist der Antrag gestellt, alle Häfen der deutschen Küste bis auf Tanga, Dar-es-Salaam und Kilwa zu schließen. Solche Gewaltmaßregeln sind in Wirklichkeit nicht ohne große Schädigung der Interessenten durchzuführen. Das Gouvernement hat den langsameren Weg des Absterbenlassens der einzelnen Handelsplätze gewählt. Mitindani und

Saadani sind bereits zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken; Pangani und Bagamoyo werden infolge der nahen Eisenbahnen in sehr kurzer Zeit folgen. Im Süden kämpfen Lindi und Kilwa noch um den Rang. Diejenige von beiden Städten, die sich eine Bahn nach dem Nyassa erstreitet, wird ihre Nebenbuhlerin sicher tot machen.

Dann ist das Zukunftsprogramm erfüllt.

Als ich das las, glaubte ich, aus Respekt für Dar-es-Salaam, ich sei meschugge, denn was da als glänzende Idee entwickelt war, hieße ja Deutsch-Ostafrika gewaltsam ruinieren. Selbst die „Deutsche Kolonialzeitung“ meinte, daß dieses Zukunftsprogramm „nicht nur bei den dortigen Kaufleuten, sondern auch in den kolonialen Kreisen Deutschlands „Aufsehen“ erregt hat. Nicht mit Unrecht wird hier darauf hingewiesen, daß recht erhebliche Interessen der Kolonie auf dem Spiele ständen, und es wird die Befürchtung ausgesprochen, daß der Handel sich teilweise nach Mombassa hinziehen möchte.“

Aber das Programm des „verdienstvollen“ Gouverneurs ist ja erklärlich: er will doch nicht die Paläste in Dar-es-Salaam für Ratten und Späzen gebaut haben, und da das Leben in die öden Hallen von selbst nicht kommen will, so wird man es eben kunstvoll schaffen, mag dabei die Kolonie zu Grunde gehen. Après nous le déluge. Der Haß gegen Bagamoyo ist typisch für die Methode des jetzigen Gouverneurs. Wenn aber der Handel Deutsch-Ostafrikas bei solchen verdienstvollen Experimenten zu Grunde geht, dann heißt es, die Ablehnung der Zentralbahn sei Schuld an dem Defizit! — — —

Ich sprach vorhin von geschickt gruppierten Zahlen. Wenn man die Tabellen, die der Gouverneur aufgestellt hat, näher prüft, dann wird man zur Einsicht kommen, daß von einer Steigerung des Handels nicht die Rede sein kann. Der Gesamthandel hat allerdings wieder die Höhe von 1890, 16 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark, erreicht, eine Lappalie, von der man erst garnicht lange Tabellenberichte machen sollte. Deutschland partizipiert kaum mit $\frac{1}{5}$ und das sind noch zum großen Teil Dinge, die von den Beamten bestellt sind. Wie man bei Schwankungen von $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Million Mark von „Aufschwung“ reden kann, ist unerfindlich. Die Ausfuhr ist im letzten Jahre sogar wieder gefallen, sie beträgt nur noch 4 $\frac{1}{3}$ Millionen Mark. Die Einfuhr ist in der That gestiegen, aber worin? Eisenwaren, Erde, Steine, Mineralien, Holzwaren, also Dinge, die der Gouverneur für den Bau seiner Paläste und Entenställe braucht, wofür bitteres Geld vom Reiche hergegeben werden muß. Dann sind Spirituosen und Getränke gestiegen, da wohl einige Beamte ihren Flaschenkeller neu aufgefüllt haben, was nun auch noch zur

Vermehrung des Ruhmes des Herrn Gouverneurs beitragen muß. Dann ist infolge der Hungersnot die Einfuhr von Reis um fast eine Million in die Höhe gegangen, ebenso Getreide, Zucker, Tabak und Verzehrunqsgegenstände, alles Dinge, die Deutsch-Ostafrika bei einer guten Verwaltung niemals vom ersten besten Auslande beziehen durfte. Den Lorbeerkrantz wird man Herrn v. Liebert aus seinem Bericht über den „Aufschwung“ des Handels unter seiner Regierung nicht bieten können. Nach vierjähriger Thätigkeit steht Herr v. Liebert vor der Thatsache, kaum — wenn man von lokalen Chausseepflasterungen absieht — etwas anderes geleistet zu haben, als für eine Fülle von Phantastereien seine Feder und seine Zunge hergegeben zu haben.

Was ich bis jetzt gegen die Verwaltung des Herrn v. Liebert angeführt habe, ist noch nicht einmal erschöpfend; man kann fast von jeder seiner Maßnahmen sagen, sie thut gerade das, was das denkbar Unpraktischste ist und geeignet, die gesunde Entwicklung der Kolonie zu hindern. Ich denke hier nur an das Bergwerksgezet und das Arbeitergezet. Als echter Bureaukrat fragt Herr v. Liebert die Erfahrenen immer erst dann, wenn seine Maßnahmen bereits Unheil angestiftet haben. Ich fordere hier noch einmal die Verehrer des Herrn v. Liebert auf, mit Thatsachen ihre Apotheose zu begründen.



sa
he
su-
d-
hl-
w
K
W
ge
ei
F
al
gc
er
al
nc
scl
fü
in
nc
W
fü
sch
in
ar
M
B
scl
de
ar
ga
me
ih,
we
rei
B
ei
da
ge
vo
ne
un
o
n

Die Liebertpresse.

Angesichts der in kolonialen Kreisen längst bekannten Thatsache, daß Generalmajor v. Liebert sich in keiner Richtung bewährt hat, daß unter seiner Regide die Bevölkerung zum Aufruhr gedrängt, die wirtschaftliche Lage dem Bankerott zugeführt, die Kosten der Verwaltung und ihre Aufwendungen sich erhöht haben, war es die höchste Zeit, daß Generalmajor v. Liebert ein anderes Feld seiner Wirksamkeit erhielt oder, wie er sich dem „Lokalanzeiger“ gegenüber in seinem großen Tone äußerte, „das Vaterland ihn an eine andere Stätte rief“. Ich glaube, daß ich nur meine Pflicht als verantwortlicher Herausgeber einer unabhängigen Zeitschrift nachgekommen bin, als ich die Wahrheit aufzudecken unternahm. Hätte man da nicht erwarten sollen, daß die Presse, die für kolonialen Fortschritt einzutreten verspricht, mich aufs energischste in meinem Streben unterstützen würde? Das Gegenteil geschah. Man fiel mit einer Flut von Beschimpfungen über mich her, deren schwerste die war, daß ich ein gefügiges Werkzeug des Rechtsanwalts Dr. Scharlach sei. Niemand wird ja über diese perfide Verleumdung mehr erstaunt gewesen sein, als Dr. Scharlach selbst, der mich augenscheinlich für seinen ärgsten Gegner hält. Aber die ganze Art, wie gegen mich verfahren wurde, ist ja eben das Merkmal für eine gewisse, sich national nennende Presse. Sie will ihre Macht zeigen, und da meine Feder anfang ihr gefährlich zu werden, so nahm sie die Waffen der Verleumdung, um sich zu retten. Ich könnte hier, wenn meine Sache nicht zu gut wäre, Persönliches über meine Gegner vorbringen, indem ich aus deren Leben einige Stücke zum Besten gäbe. Es würde sich da zeigen, daß einige gerichtsnotorisch unterschlagen und betrogen, andere gerichtsnotorisch gelogen haben, und Herrn Dr. Friedrich Lange von der „Deutschen Zeitung“ könnte ich nachweisen, daß er ganz nette, aber ansechtbare Geldgeschäfte aus seiner kolonialen Gesinnung und seinem nationalen Eifer zu machen verstanden hat, wie er ja

auch sonst ein nicht geringerer Geschäftsmann ist, als etwa der von ihm so sehr verachtete Dr. Scharlach. Daß seine Lancierung des Generals v. Liebert keineswegs den Begriffen entspricht, die ein sich seiner Verantwortlichkeit vor dem Publikum bewußter nationaler Schriftsteller haben sollte, habe ich schon erwähnt. Aber er ist ja in einer Zwangslage. Denn der Fonds der Zeitung, die ihm ein wohliges Dasein verschaffen muß, ist von überall her zusammengebettelt, und da vielleicht auch Herr v. Liebert Aktionär der „Deutschen Zeitung“ ist, so wird man jemand, der so vielen Herren dienen muß, nicht zutrauen, daß er nur der Wahrheit dient.

Es ist eben ein eigen Ding mit unseren „nationalen“ Kolonialpolitikern. Es giebt wenige, die mit reiner Weste Kolonialpolitik treiben; die einen wollen im Golde wühlen, die anderen dürstet es nach Macht, die dritten wollen Karriere machen, und alle zusammen decken ihre nüchternen egoistischen Begierden mit dem Mäntelchen des Patriotismus. Diese Sorte von Kolonialpolitikern zu beseitigen, damit unsere Kolonien endlich eine Stätte für den ernst, emsig und ausdauernd Werte schaffenden Erwerbsmann werden und so ihre Bestimmung endlich antreten können, ist mein Ziel. Das zu erreichen, ist nur möglich, wenn die einzelnen Hauptvertreter jener Richtungen persönlich bloßgestellt werden. Das geschieht nun und wird weiter geschehen. Dieses Flugblatt ist wohl nicht das letzte in diesem Streben. Erfreulich ist eine solche Thätigkeit nicht, für die Dessenlichkeit ebensowenig, wie für den, der sie unternimmt; aber es geht doch nicht anders, einer muß doch in jenen Dunstkreis tauchen, um ihn einmal zu zerstreuen. Ist erst einmal eine Bresche gelegt, dann werden auch andere nachdringen und mit dem Besen wahrheitsliebender Kritik den Augiasstall von Deutschlands erster kolonialpolitischer Epoche angehn.

Es ist vor allem eine nationale Pflicht, das Gebahren der Hezpresse zu beleuchten, die sich die bismärckische nennt, die man sonst als alldeutsche resp. antisemitische nennt. Es muß einmal der Finger in diese offene Wunde des deutschen Volkes gelegt werden. Die Extreme berühren sich, sagt man, und das trifft auch hier zu. Der semitischen Presse giebt die alldeutsche und antisemitische an mangelndem Verantwortlichkeitsgefühl nichts nach.

Als Fürst Bismarck verabschiedet wurde, beseelte ihn augenscheinlich nur ein Gedanke, der der Rache, und in seiner praktischen Art suchte er sie von dort in die Wege zu leiten, von wo er sie am intensivsten ins Werk setzen konnte, durch die Presse. Es wurde ihm leicht, die Handlanger seiner Nadelstichpolitik gegen Kaiser Wilhelm II. und dessen Regierung zu finden. Das deutsche Volk,

ein Menschenalter von Bismarck geleitet, hatte sich an dieses Gängelband so gewöhnt, daß es unmutig wurde, als es von demselben gelöst wurde. Dazu kam das Mißtrauen, daß ein Volk, das seit langem nur greise Herrscher gesehen hatte, der Führung eines jungen und feurigen Kaisers entgegenbrachte. Und die Art des neuen Kurfürsten, die äußerlich schon so sehr, dann auch in ihren Tendenzen, lebhaft gegen das ehrwürdige großväterliche der Regierung Wilhelms I. abstach, erhöhte noch die Ungewißheit der kommenden Dinge. Das war der Boden, auf dem der Bismarck'sche Plan der Rache gedieh. So entstand damals die Bismarckpresse. Sie schied sich sehr bald deutlich in zwei Gruppen: die eine, ernst zu nehmende, die aus wirklicher Ueberzeugungstreue Bismarck diente, wie die „Hamburger Nachrichten“, „Leipziger Tageblatt“, „Münchener Allgemeine Zeitung“, „Tägliche Rundschau“ u. s. w., und eine, die den Namen „Bismarck“ als Geschäftsreklame benutzte und unter diesem Aushängeschild das Vertrauen des Publikums und damit eine erhöhte Dividende von ihren Interessen zu gewinnen trachtete.

In Bismarck, als den am meisten gegen die Regierung Wilhelms II. aus persönlichen Gründen Interessierten, drängten sich die Unzufriedenen aller Schattierungen heran, und zwar aus wirtschaftlichem Sonderinteresse, was sehr zu beachten ist; die Partei der niedergehenden Handwerker, die sich auch Reformer oder Antisemiten nannten, vor allem die Bündler und die mit ihrer Lage unzufriedenen Akademischen und Offiziers. Zu Bismarcks Zeiten würden dieselben Kreise aus Opposition sich „Sozialdemokraten“ genannt haben, jetzt nannten sie sich „Bismarckianer“. Leider gerieten in deren Gesellschaft infolge der Haltung der von dem hassenden Bismarck gerufenen Presse auch solche Kreise, um die es schade ist, weil sie die politische Intelligenz und die national vorwärtsdrängenden Elemente zu liefern berufen waren. Das ist der intelligente Mittelstand im Gegensatz zu dem kleinbürgerlichen der antisemitischen Partei. Sene Gruppe von Männern, die frühzeitig mit richtigem Blick den Wert von Kolonien und überseeischen Interessen für die Ausdehnung des deutschen Arbeitsfeldes erkannten, mußte logischerweise im schärfsten Gegensatz zu der antisemitischen Partei stehen, deren wirtschaftliche Rückständigkeit ja im krassen Gegensatz zu den überseeischen Plänen, dem wirtschaftlichen Vorwärtsdrängen der Weltpolitiker sich befindet.

Während doch die weltpolitische Richtung nur Sinn hat, wenn sie innerpolitisch von sozial-nationalliberalen Anschauungen getragen wird, sehen wir die, die sie heute in schärfster Form vertreten, die Schale ihrer weltpolitischen Gedanken füllen mit den Begriffen, die

die Partei eines wirtschaftlich rückständigen Krähwinkeltums ihr auf-
otroyiert hat.

Und andererseits sehn wir, daß die antisemitische Partei einige
weltpolitische Brocken anektiert hat und unter diesem tragikomischen
Aufputz den Anspruch erhebt, eine kompetente Kritik an kolonialen
Dingen üben zu dürfen.

Des Rätsels Lösung giebt ein Blick in die Vergangenheit, in
jene trüben Tage der Bismarck'schen Fronde.

Die so überaus notwendige, scharf nationale Rüstung hatte,
weil sie weltpolitische Ziele verfolgte, nicht Verständnis bei Bismarck
finden können, der der Kolonialpolitik innerlich fernstand. Aber
Bismarck hat sie doch wenigstens geduldet, indem er der Kolonial-
politik gegenüber ein *laissez faire* beobachtete. Graf Caprivi aber
hatte die staatsmännische Kurzsichtigkeit und Ungeschicklichkeit, die
koloniale Bewegung gänzlich beiseite schieben zu wollen. Gegen
ihn und seine Regierung richtete sich darum auch besonders der
Haß der kolonialpolitischen Kreise und der Richtung, die den Spezial-
namen „Alldeutscher Verband“ annahm. Sie suchten naturgemäß
Anschluß bei der „nationalen Opposition“ und fanden ihre publi-
zistische Vertretung bei der Bismarckpresse. Da nun Bismarck sich
nicht selbst so verleugnen durfte, plötzlich Antisemit oder Alldeutscher
zu werden, und die echte Bismarckpresse natürlich ihrem alten kon-
tinentalen Programm treu blieb, so geriet leider die weltpolitische
Gruppe in die publizistische Abhängigkeit von jener kleinstädtischen
Gruppe. So hat die scharf nationale Richtung ihre Mission nicht
erfüllen können, im Gegenteil, sie hat dazu beigetragen, das welt-
politische Programm zu kompromittieren, indem sie Forderungen
aufstellte und Anschauungen zum besten gab, die vor dem gesunden
Menschenverstand nicht bestehen konnten und die den Spott, mit
dem die Gegner der Weltpolitik diese überschütteten, erklärlich und
berechtigt erscheinen läßt. Wie sollten Arbeiter, die im Kampf ums
Dasein vorsichtige Denker geworden sind, diesen Phantasten, die noch
ganz engherzige volkswirtschaftliche Anschauungen hatten, vertrauen?

Die Hasse und Lehr sind nicht fähig, Führer einer scharf
nationalen Richtung zu sein. Der für sein Ansehen besorgte
Reichstag — auch die nationalen Gruppen in ihm — hat sie mit Recht
zweimal ostentativ abfallen lassen (Samoa-Interpellation, Ausschluß
fremden Kapitals in unseren Kolonien). Die reine Begeisterung
ohne den Zügel der Vernunft wird ganz von selbst zur reinen
Thorheit. Wie ein Schiff, das besonders schnelle Fahrt gehn soll,
eines besonders besonnenen Führers bedarf, so bedarf auch eine
scharf nationale Partei, wie der Alldeutsche Verband, besonders

besonnener Leiter. Es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß uns eine scharf nationale, aber kaltblütig berechnende Gruppe fehlt. Was jetzt da ist, der Alldeutsche Verband, kennzeichnet sich, soweit das in seiner Leitung und publizistisch in Erscheinung tritt, durch Direktionslosigkeit und beschränkten wirtschaftlichen Horizont aus. Und oft genug meldet sich auch noch eine Eitelkeit, die nicht zu weit sich entfernt von — negativer Begabung. Da ist eine Reform an Haupt und einem Teil der Glieder dringend notwendig; leider hat es Graf Bülow bisher verschmäht, jener Richtung vor versammeltem Volk einige Lektionen zu geben, wie das Bismarck mit göttlicher Grobheit zu thun pflegte, wenn irreführte Volksstimmungen ihm in die hohe Politik zu pfuschen drohten. Gerade der Auslandsminister hat Anlaß, sich eine scharf nationale Gruppe, die die Beobachtung der auswärtigen Verhältnisse zur Spezialität erwählt, zu wünschen. Er bedarf ihrer, um Pläne vorzubereiten und fremdstaatliche Absichten zu durchkreuzen. Aber bei uns fehlt dem Auslandsminister dieses Werkzeug, oder vielmehr was sich bei uns chauvinistisch nennt, die um Hassé und Ahlwardt, sind bei uns eine direkte Gefahr für die wahren deutschen Interessen, da diese „deutsch-nationalen Führer“ nicht in nüchterner, überlegter Weise die deutschen Interessen wahrnehmen, sondern es als ihre „nationale“ Aufgabe zu betrachten scheinen, das deutsche Volk für fremde Interessen in Abenteuer zu treiben, wie das in der Burenfrage so recht deutlich zu Tage getreten ist. Wahrlich, diese deutschen Chauvinisten ersparen den deutsch-feindlichen Staaten viel Geld. Kein fremder Pressagent könnte ja die öffentliche Meinung in einer das Reich so harten Krisen nahelührenden Weise verwirren, wie jene es im Wahne des Patriotismus thun, jene Staatsmännlein von Bockler's oder Gose's Gnaden. Ein Schlapphut macht noch keinen Bismarck, wie mancher von diesen Größen meint. Da die Haltung einer politischen Gruppe allein von der Führung abhängig ist, so trägt die Schuld daran, daß der „Alldeutsche Verband“ in eine wüste Dérouté hineingeraten ist, lediglich deren Presse und Vorstand.

Die große Menge unter unseren sogenannten gebildeten Kreisen ist politisch noch unreif. So tüchtig sie in ihrem Fach und in ihrer Wissenschaft sein mögen, in politischen Dingen folgen sie dem ersten besten Schlagwort, das in geschickter Form unter sie geworfen wird. Die Schuld liegt wohl daran, daß gerade die gebildeten Klassen den Kampf gegen die Reaktion getragen haben, und daß sie, zum Teil, wie die Burschenschaft, durch harte Maßnahmen eingeschüchtert, aus dem politischen Gebiete sich zu lange zurückgezogen haben. Wie

oft hört man die Beschäftigung mit Politik als unvornehm bezeichnen. Unsere akademischen Kreise sind zum politischen Denken erst wieder durch die kolonialpolitische Propaganda geweckt worden; da sie Bismarck als den Schöpfer des Reiches verehrten, so fielen sie leider jenen falschen Bismarckianern in die Hände. Der deutsche Gebildete hat nicht die politische Vorbildung wie schon der deutsche Arbeiter. Er ist darauf angewiesen, seinen politischen Vertrauensmännern zu glauben: wenn diese schlecht sind, wird er selbst irgehen, denn nur wenige haben gelernt, politisch selbständig zu denken. Das Institut der Leithämmel ist in Deutschland noch immer unentbehrlich: die chauvinistischen Führer werden aber ihrer verantwortungsvollen Aufgabe nicht gerecht: denn noch, der an sich gesunde Sinn des deutschen Volkes wird spät, aber dennoch mit ihnen aufräumen oder über sie zur Tagesordnung übergehen, und die muß heißen „nationaler Sinn, aber Vernunft.“ — Glückauf!

* * *

Die Schuld an der Verirrung eines Teils unserer weltpolitischen Kreise liegt, wie gesagt, vor allem in dem geringen Verantwortlichkeitsgefühl, das eine gewisse Richtung in der sogenannten nationalen Presse oder vielmehr einige Litteraten haben, die durch einen unglücklichen Zufall in den Besitz der Macht gekommen sind, die die Presse hat. Es ist das die sogenannte „Bismarckpresse“, die sonderbarerweise jetzt auch eine Liebertpresse ist und eine Schulze- oder Müllerpresse wird, wenn ein Schulze oder Müller geeignet scheint, einer Kraftprobe als Aushängeschild zu dienen. Abgesehen von dem ganzen antisemitischen Troß, von der „Staatsbürger-Zeitung“ bis zu vielen antisemitischen Generalanzeigern — einer Serie von Preßorganen, die, weil jeder intellektuellen Belehrung unfähig, ich hier übergehe — gehört in diese Presse die „Deutsche Zeitung“, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, „Leipziger Neueste Nachrichten“, und neuerdings finden sich in demselben Kreis leider auch die „Alldeutschen Blätter“, die gar keine Berechtigung haben, politischem Ehrgeiz ihre Spalten zu öffnen, und einige alldeutsche Spezialblättchen. Diesen Organen kam es ja nicht darauf an, wirklich Bismarck'sche Politik zu vertreten, sondern den Bismarckkultus als Spezialität zu betreiben, um so erst Vertrauen und Einfluß und damit Abonnenten zu gewinnen. Was diese Presse an deutschen Charakter gefehlt, gehört der deutschen Kulturgeschichte an. Bismarck hat sich in schwerer Weise an dem deutschen Volkscharakter versündigt, indem er aus persönlich gehässigen Motiven sich zum Folio für Leute hergab, von

denen er wissen mußte, daß sie diesen Ruf, Bismarck'sche Pressagenten zu sein, schändlich mißbrauchen würden. Bismarck ist niemals vornehm und prüde in seinen Mitteln gewesen, so nahm er auch diesmal zu Handlangern, die ihm am nützlichsten schienen, seine Zuflucht, und da es in Deutschland wenig politische christliche Schriftsteller von Belang giebt, so nahm er solche jüdischen Geblüts. Gerade das Aekzende und Bersekzende ist ja eine Spezialität jüdischer Litteratur, und diese wenig erfreuliche Begabung paßte so recht zu Bismarcks Wünschen. So kam es, daß die antisemitisch=alldutsche Richtung sich führen ließ von semitisch=undeutschen Elementen. Gewiß eine hübsche Ironie, aber eine, die häßliche Folgen hatte. Denn es wurden so einem Teil der nationalen Bewegung Züge aufoktroziert, die undeutsch sind und unlauter, nämlich Verleumdung, aus Neid, Schwulst und Selbstbeweihräucherung, Oberflächlichkeit u., Eigenschaften, die in der Haltung der Liebertpresse jetzt wieder deutlich in Erscheinung getreten sind. Man sagte früher den Deutschen nach, sie seien gerecht! Ist es aber heute nicht gerade in einer gewissen Sorte der deutschen Presse, die sich als Trägerin deutscher Treue und Biederkeit betrachtet, Brauch, Andersdenkenden oder nur Ruhigerdenkenden unlautere Motive unterzuschieben? Man sagte früher, die Deutschen seien edel; aber begeistert dieselbe Presse nicht jeden, der wirtschaftlich hochkommt? und man hielt die Deutschen für rastlos im Streben nach Wahrheit: wie aber würde es dem ergehen von jener Presse, der etwa gegen eins ihrer Modegefühle ankämpft oder einen ihrer Günstlinge zu kritisieren wagt. Als neulich der Kriegsberichterstatte eines scharf nationalen Blattes, dessen Vorliebe für die Buren unzweifelhaft war, nach genauerem Einblick in den Charakter der Buren, an ihnen eine ruhige Kritik übte, da kamen aus dem Leserkreise Forderungen, man möchte die den Buren ungünstigen Stellen unterschlagen. Soweit also ist die Vergiftung des deutschen Charakters schon vorgeschritten, daß man einer Modeliebhabelei zu liebe die Wahrheit unterschlagen soll! Einst sagte man auch, der Deutsche sei vornehm, bescheiden. Nun, wie stimmt damit dieses häßliche Selbstdekorieren mit dem Prädikat „national und patriotisch“? Ein deutsches längstvergeßenes Sprichwort sagt: „Eigenlob stinkt“, aber jetzt ist es deutsch, von sich selbst in die Welt zu schreien, man sei „national“, und anderen, die nicht ein so großes Maul haben, diese Eigenschaft abzusprechen.

Welch' schändlicher Mißbrauch wird mit diesem gräßlichen Fremdwort getrieben. Das Gefühl, seinem Vaterlande zu gehören mit Leib und Seele und ihm dienen zu dürfen mit Gut und Blut, dieses den Menschen aus seinen Sielen heraushebende Staatsgefühl,

es ist in den Staub gezogen von denen, die des Staates Stütze in Erbpacht haben wollen. Hören wir nicht täglich, wie die Förderung einseitiger materieller Interessen, die man aus Mitleid zulassen könnte, geheißt wird im Namen der Nation. Fürwahr, das Wort „national“ ist anrüchig geworden. Aber woher kommt das? Es sind die Sünden der Bismarckhegypresse, die so traurige Folgen hinterlassen haben. Jene Hezer, denen Bismarck das Szepter in die Hand gedrückt, sie hatten den Kizel der Macht empfunden und er ließ sie nicht mehr los. Herrschen wollten sie um jeden Preis, und so malten sie denn weiter Bismarcks Züge, oder sie sagten vielmehr ihrer Gemeinde, es seien Bismarcks Züge, die sie zeigten, in Wahrheit aber war es ihre ureigenste, von Dünkel und Herrschsucht enstallte Larve. Der Löwe war tot, aber hinter seinem Fell gingen die Esel schrecken. Nur was von dieser antisemitisch = alldeutschen Clique huldvollst abgestempelt war, durfte passieren. Wer zu widersprechen wagte, wurde mit dem Revolver „national“ zur Strecke gebracht. Man kann es, rückwärts schauend, kaum erfassen, daß die Reichsregierung ein solches Treiben nicht kurzer Hand erledigte, wie etwa Bismarck mit wenigen Worten einst die Alldeutschen und Antisemiten kaltgestellt hatte. Aber anfangs scheute die Regierung den Stoß, weil sie fürchtete, Bismarck zu treffen, und dazu fehlte ihr der Mut oder die Pietätlosigkeit. Und als sie einmal zugriff, da wurde es ein ungeschickter Griff in die Luft. Später aber, als Fürst Hohenlohe Kanzler wurde und die Ressorts erstarkten, da wagte sich erst recht niemand heran. Denn allen lähmte die Aussicht auf den Kanzlerwechsel den Mut, niemand wollte sich Feinde machen. Die Presse hat jetzt darum goldene Zeiten, sie wächst empor und der Regierung über den Kopf. Am meisten aber wuchs die Hegypresse, die sich selbst national nennt und das Gift, das sie um sich träufelte, zerrüttete immer tiefer den politischen Verstand der gebildeten Kreise.

Nachdem es dieser Presse erst einmal gelungen war, einige ihr Mißliebige totzuheben, wie etwa den tüchtigen Kolonialdirektor Dr. Koyser, kannte sie keine Grenzen mehr und in der That, sie herrschte. Wer die Geschichte Wilhelms II. schreibt, der darf, wenn er das Fazit der ersten Regierungsjahre unseres Kaisers zieht, den Terrorismus jener Presse nicht außer Acht lassen. Auch Kaiser und Minister sind Menschen und haben Galle. Manche übereilten Schritte jener Tage muß man auf die Nervosität zurückführen, in die jene Hezer die regierenden Kreise hineintrieben. Bismarck hätte diese „Patrioten“ ganz anders behandelt, er war an sich schon schnell mit dem Staatsanwalt bei der Hand und er hat selbst nach

seiner Entlassung seine antisemitischen und alldeutschen Verehrer wie die Schuhpuzer behandelt: er gebrauchte sie für seine Heze und dann gab er ihnen in den „Hamburger Nachrichten“ den nötigen Fußtritt. Er kannte ja seine Pappenheimer, sie mußten sich alles gefallen lassen aus Geschäftsinteresse, und so niederträchtig auch Bismarck in den „Hamburger Nachrichten“ die Antisemiten behandelte, sie winselten weiter als unentwegte „Bismarckianer“, so abfällig auch Bismarck von den Alldeutschen sprach, sie waren und blieben die allein echten und berufensten Vertreter Bismarck'scher Anschauungen. Zuweilen wurde den „Hamburger Nachrichten“ das unwürdige Treiben zu bunt, sie fürchteten für ihren guten Ruf, von jenen als gleichgesinnt angesprochen zu werden, und als wieder einmal Dr. Friedrich Lange im Interesse seiner schwachen Finanzlage bombastisch erklärt hatte, die „Deutsche Zeitung“, die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und die „Hamburger Nachrichten“ seien die einzigen Vertreter der Bismarck'schen Tradition, da folgte prompt in den „Hamburger Nachrichten“ eine ernste Zurückweisung, sie wollten denn doch, wie sie sagten, mit den „guten Menschen, aber schlechten Politikern“, deren politische Kurzsichtigkeit den Spott herausfordere, nicht über einen Kamm gekehrt werden. Das war hart. Nun giebt es also nur noch drei „nationale“ Blätter. Aber sie halten wie die Ketten zusammen und müssen es thun, um nicht das einzubüßen, weshalb allein sie ja „bismarckisch“ und „national“ sind, die Macht. Und sie werden das Giftfläschchen weiter gebrauchen und mit ihrer Revolverpolitik werden sie auch ferner noch manchem imponieren, denn der Deutsche ist ja ein — Michel.

Ich weiß nicht, ob es ihnen auch diesmal gelingen wird, die Wahrheit in den Tod zu hezen. Einstmals, im Jahre 1896, wollten jene drei Blätter einen Verein zur Hebung des Kolonialredners Liebert zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika schließen. Der Verein blieb damals dreiseitig. Wird die gute deutsche Presse diesmal das Tischtuch zerschneiden zwischen sich und jenen da?

Allerdings hat diese „nationale“ Diktatur schon einmal eine tragikomische Entgleisung erlebt, ein Teil schwenkte ab, als das reine materielle Interesse in Frage kam. Die Richtung des Bundes der Landwirte wollte nicht die gräßliche Flotte und die Weltpolitik. Sie nahm plötzlich dasselbe Recht für sich in Anspruch, was bis dahin als „antinational“ gebrandmarkt war, wenn es von anderer Seite kam: nämlich die Kritik von Tagesfragen, die bis dahin mit dem Stempel „national“ heilig gesprochen waren. Von ihrem Interessenstandpunkt, den agrarpolitischen Anschauungen, hatten sie

ein Recht, Front gegen die Weltpolitik zu machen. Auch wer auf dem entgegengesetzten politischen Standpunkt steht, hatte Ursache, sich damals vom menschlichen Standpunkt aus zu freuen: denn es war ein Aufleuchten der politischen Ehrlichkeit, die unter der Herrschaft der Revolvernationalen so gelitten hat, ein Wetterleuchten, daß die Kritik nationaler Kreise an nationalen Fragen nun vielleicht doch noch einmal erlaubt werden dürfte. Ein zweites Wetterleuchten sollen diese Zeilen bedeuten.



Nachtrag.

In dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ findet sich inzwischen folgende niedliche Aufklärung über das Verhalten des Herrn Gouverneurs in der Deuß'schen Angelegenheit:

Bezüglich der Angriffe, die gegen den Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Generalmajor v. Liebert, gerichtet wurden und in dem Vorwurf der angeblichen „Doppelzüngigkeit“ (NB. Ich habe diesen Ausdruck nie gebraucht, sondern einfach die Thatfachen sprechen lassen. H. W.) gipfelten, die der Gouverneur einer deutschen Firma gegenüber an den Tag gelegt haben sollte, wird uns von hochgeschätzter (Wo bleibt „Die Woche“? H. W.) Seite mitgeteilt, daß dieselben Herrn v. Liebert sehr schmerzlich berührt hätten. Derselbe sei sich keiner Schuld bewußt. (Oh Fotte doch! H. W.) Wahr sei an den Angriffen nur das Eine, daß er, nach Dar-es-Salaam zurückgekehrt, seine Ansicht über ein Projekt, welches ihm vordem vorteilhaft erschienen sei, geändert habe. Es handelte sich nämlich um die Ausführung eines großen Transportunternehmens der Firma Deuß in Hamburg, die seit längerem in Ostafrika ansässig, eine neue Handelslinie anlegen wollte, deren Küstenpunkt aber nicht mehr auf deutschem, sondern auf fremdem, portugiesischem Gebiet zu liegen gekommen wäre. Die Vertreter der Firma hätten es verstanden, dem Gouverneur das Projekt so darzustellen, daß derselbe, in seinem Bestreben, dem deutschen Handel, soweit es in seiner Macht liege, die Wege zu ebnen, den Plan gebilligt und gutgeheißen habe. Nach Ostafrika zurückgekehrt, hätten aber die dort ansässigen deutschen Kaufleute (alle, oder nur Hausing & Co., die Konkurrenten des Deuß? H. W.) und auch seine Beamten nach Bekanntgabe des Deuß'schen Unternehmens ihn aufs dringendste gebeten, seine Genehmigung zu verjagen. Die deutschen Firmen seines Schutzgebietes hätten nämlich den gesamten Handel der Küstenstadt Kilwa zugeleitet und strebten den Bau einer von den Seen nach Kilwa führenden Eisenbahnlinie an. (Deuß aber auch. H. W.) Diese Handelslinie würde jede Bedeutung und jeden Wert verlieren, wenn das Unternehmen der Firma Deuß zur Ausführung gelange. (cf. oben. H. W.) Auf Grund dieser Vorstellungen, welche der Gouverneur nach Prüfung der Sachlage als gerechtfertigt anerkannte, mußte er seine Ansicht ändern; er habe sich also geirrt, eine Thatfache, die sehr bedauerlich, aber nicht unmoralisch sei. Wie man jemanden aus einem Irrtum eine Doppelzüngigkeit involvieren könne, sei ihm unerfindlich. Für diese Angriffe entschädige ihn das Vertrauen, das er im deutschen Schutzgebiet genieße. (Eigenlob st—mmt nicht! H. W.) Man ist dort noch heute derselben Ansicht, die schon bei der Ernennung des Obersten Liebert zum Gouverneur laut geworden sei, daß der Kaiser für den schwierigen und verantwortungsreichen Posten den rechten Mann gefunden habe. (Die Glückspilze! H. W.) Des Generals hervorragendste Eigenschaft sei die Wahrheit; seinem geraden, offenen Wesen sei jede Verstellung zuwider, und die Gerechtigkeit, die Humanität, die er

schon als Oberst des 12. Infanterie-Regiments zu Frankfurt a. O. geliebt, so daß selbst Bebel (auch der muß noch als Kronzeuge dienen! H. W.) im Reichstage dem damaligen Kommandeur eine öffentliche Anerkennung durch die Erklärung zollte, „daß in dem von Liebert befehligten Regiment keine Soldatenmißhandlung vorgekommen sei“, bildeten auch später die Signatur seiner amtlichen Thätigkeit in Ostafrika. (Er hätte sie, ohne Schaden für seine Seele, auch an Deuß beweisen können. H. W.) Wer den General kenne, wisse, was er von den gehässigen Berunglimpfungen zu halten habe, die ein noch sehr jugendlicher Herr gegen einen verdienten Offizier richtete, der sich des vollen Vertrauens des obersten Kriegsherrn erfreue. General v. Liebert halte es daher unter seiner Würde, auf die gedachten Insinuationen zu antworten. (Könnte er ja auch gar nicht, weil er sonst böß hereingefallen wäre. H. W.)

Ich glaube auch jetzt noch behaupten zu können: Die Zukunft des Herrn v. Liebert liegt auf dem Wasser!

Den Vorwurf vom „jugendlichen Herrn“ hat mir auch Dr. Esser im „Kleinen Journal“, v. Hofmann in seinem Organ u. s. w. gemacht. Er ist schon etwas abgedroschen. Ich bin nun bald 30 Jahre und meine, daß zur Aufdeckung von Wahrheiten die Mummelgreisenhaftigkeit nicht unbedingt notwendig ist. Was den Passus vom „vollen Vertrauen des obersten Kriegsherrn“ anlangt, so finde ich ihn „höchst bedauerlich“. Muß denn der Kaiser durchaus immer in die Debatte gezogen werden (cf. Fall Esser!), wenn es sich um die Verteidigung gegen sachliche Angriffe handelt! Beweist das etwas? Auch Kaiser können sich irren. Was diesmal die Betonung des kaiserlichen Vertrauens bezweckt, ist durchsichtig. Generalmajor v. Liebert hat sich vor dem Kolonialamt zu verantworten. Da traf er glücklicherweise im Roten Meer seinen alten Gönner, den Grafen Waldersee, der ihm einen Privatbrief an den Kaiser mitgab. Auf Grund dieses Privatbriefes, der den Kaiser natürlich aufs höchste interessieren mußte, erhielt Herr v. Liebert eine Privataudienz beim Kaiser, noch bevor der Bericht des Kolonialamts dem Kaiser vorgelegt war. Ob der Kaiser in seiner impulsiven Art sich bei der Frühstückstafel von neuem von dem redengewandten Gouverneur hat gewinnen lassen, wird man ja sehn. Es würde das die amtliche Stellung des Kolonialamtes bedeutend erschweren. Es ist zu hoffen, daß der Kaiser sich diesmal nicht so engagiert hat, wie z. B. Herrn Dr. Esser gegenüber, dessen Audienz ja auch über den Kopf des Kolonialdirektors hinweg stattgefunden hatte.

Charlottenburg, Uhlandstr. 181, den 10. September 1900.

Dr. Hans Wagner

Herausgeber der „Kolonialen Zeitschrift“.

Koloniale Zeitschrift.

Herausgegeben von Dr. Hans Wagner, Berlin.

26 Nummern jährlich im Umfang von je 12—16 Quartseiten (illustriert).

Preis 2 Mk. 50 Pf. vierteljährlich.

Bei direkter Versendung nach allen Ländern der Erde kostet die „Koloniale Zeitschrift“ 3 Mk. 25 Pf. vierteljährlich, — 13 Mk. jährlich.

Das Interesse an unserer Kolonialpolitik, das aus mehreren Gründen eine Zeitlang in Deutschland nur wenig rege gewesen, ist anlässlich verschiedener politischer Ereignisse und Verschiebungen der letzten Jahre aufs neue erwacht: am Regierungstische sowohl wie im Publikum hat der koloniale Gedanke frische Lebenskraft gewonnen und verspricht nun, in stetigem Wachsen auch Früchte zu tragen.

Leider verhindern aber rückständiges Festhalten am Althergebrachten und der Mangel an Verständnis für den weltpolitischen Charakter des neuen Jahrhunderts auf der einen Seite, Unklarheit der kolonialpolitischen Anschauungen und chauvinistische Unbesonnenheit auf der andern Seite noch immer, dass die Bedeutung der Kolonien für den Werdegang des Deutschen Reiches richtig erkannt wird.

Es gibt kein deutsches Pressorgan, das sich die Sonderaufgabe gestellt hat, nach dieser Richtung hin klärend zu wirken, das mit ruhigem, unparteiischem Urteil Veraltetes und Verfehltes niederreisst und an dem neuen Bau plan- und kraftvoll mitarbeitet. Diese Lücke auszufüllen, wird sich die „Koloniale Zeitschrift“ zur Aufgabe machen.

Der Herausgeber und die Verlagshandlung sind der Ansicht, dass alle, die zur Mitarbeit an der kolonialen Sache berufen sind, ein Interesse an dem Bestehen einer unabhängigen kolonialen Zeitschrift haben, die sich ihr eignes selbständiges Urteil zu wahren weiss. Die sachliche Kritik an sich regt das Interesse der Allgemeinheit an und gibt zudem der Regierung Gelegenheit, sich über die Gründe für ihre Massnahmen zu äussern und damit das Verständnis für ihre Politik zu fördern. Wenn unser Blatt eine Spitze zeigen muss, so würde sich diese nach Lage der Dinge vor allem gegen einseitige koloniale Interessen-

politik und gegen die kolonialpolitischen Extreme zu richten haben.

Die äussere Ausstattung der „Kolonialen Zeitschrift“ wird den Anforderungen an eine moderne Zeitschrift entsprechen gemäss den bekannten Gepflogenheiten der Verlagshandlung. Der Umfang des monatlich zweimal erscheinenden Blattes wird 12—16 Quartseiten Text (einschl. Illustrationen) betragen. Der Inhalt hat folgende Gliederung:

1. In dem kolonialpolitischen Teile wird eine ruhige sachliche koloniale Realpolitik vertreten. Ausdruck findet diese Tendenz vor allem in dem Leitartikel, der jede Nummer einleitet und vom deutschen weltpolitischen, nicht chauvinistischen Standpunkte die letzten kolonial- und weltpolitischen Ereignisse behandelt. Verwickelungen, die sich aus dem gegenwärtigen kolonialen Besitz Deutschlands ergeben, werden unter dem Gesichtspunkt der Weltlage beurteilt, wie denn überhaupt die Kolonien lediglich als ein Teil der deutschen Welt gelten sollen.

2. Ein reichlich und gut illustrierter Artikel bietet aus den eignen und fremden Kolonien Belehrendes und Unterhaltendes.

3. Ein weiterer Abschnitt beschäftigt sich mit allgemeinen handelsgeographischen und kolonialwirtschaftlichen Fragen.

4. Den nächsten Abschnitt füllen kürzere Mitteilungen aus aller Welt, soweit sie für koloniale und Exportkreise Interesse haben. Hierauf folgt

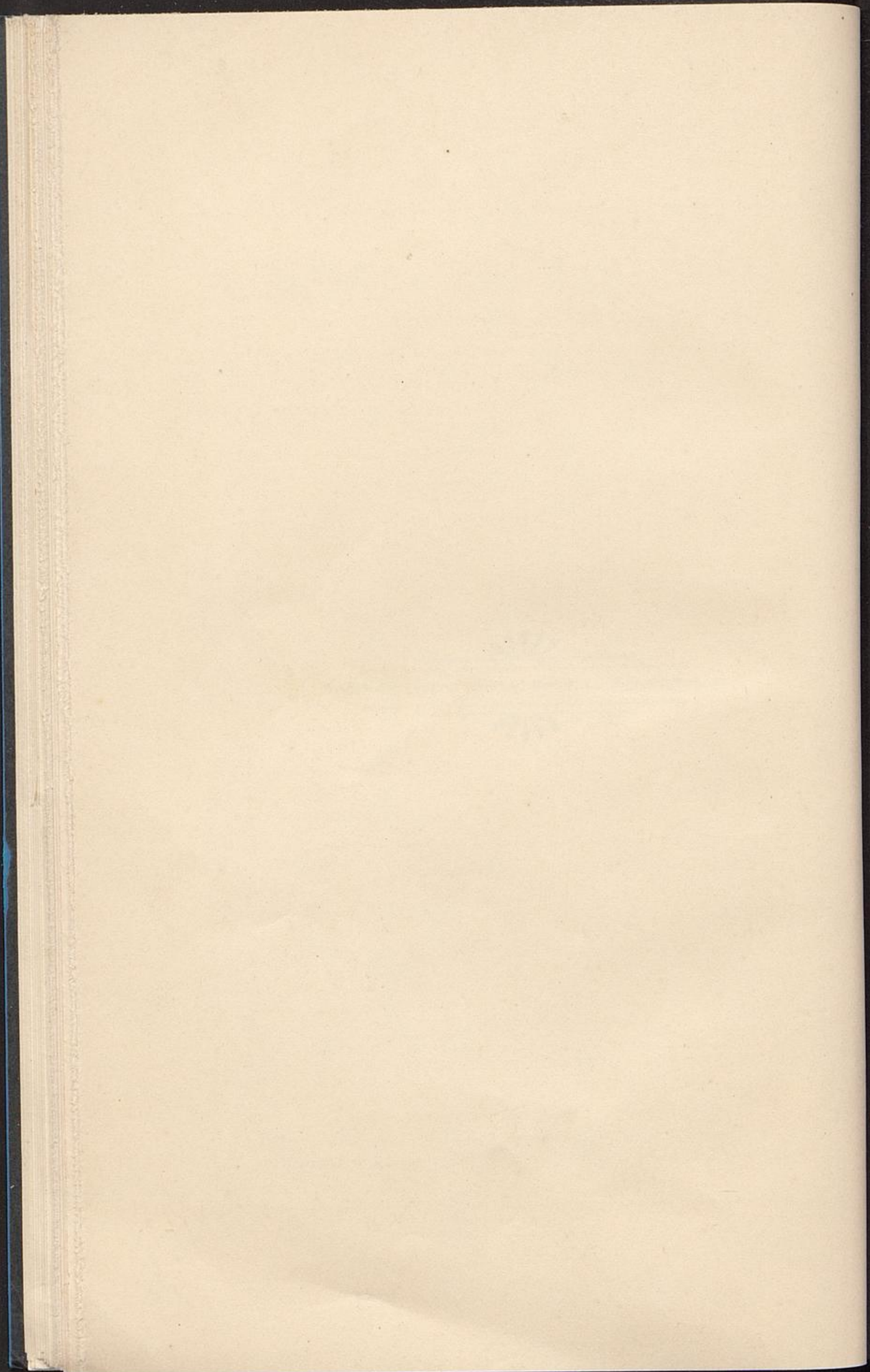
5. ein Abschnitt, der Nachrichten vom Weltverkehrswesen, Weltmarkt und einen kolonialen Börsenbericht mit Kurstabelle der Kolonialaktien enthält. Litteratur-Anzeigen bilden den Schluss.

Probenummern

*werden von der Geschäftsstelle der „Kolonialen Zeitschrift“
(Bibliographisches Institut) in Leipzig kostenfrei versandt.*

Koloniale Zeitschrift

Gedruckt bei Johannes Belling, Berlin W., Dennewitzstraße 32.



Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

